



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 24 - 15. Juni 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Immer mehr Menschenhandel
Die Skrupellosigkeit von Schleusern weckt kaum Protest, Abschiebungen schon **2**

Preußen / Berlin

Man wollte es nicht wissen
Höhere Einwohnerzahlen waren politisch erwünscht - Zensus 2001 wurde ignoriert **3**

Hintergrund

Umzingelt von Feinden
Mit seiner egozentrischen Politik hat Erdogan selbst Verbündete gegen sich aufgebaut **4**

Deutschland

Kleine Entmachtung Brüssels
Mit dem Ziel, dass Verträge eingehalten werden, stimmt Merkel für Sonderweg **5**

Ausland

Teilsieg mit Abstrichen
Justiz lähmt Ägyptens Präsidenten **6**

Kultur

Dauertöner mit Fagott
Staatskapelle Schwerin wird 450 Jahre alt **9**

Preußen

Hoffnungsträger der Nationalbegegnung
Kaiser Friedrich III. **10**



Vorbildlich: Während beim Hochwasser Soldaten Hand in Hand arbeiten, kann man das von ihrer Führung nicht behaupten Bild: pa

Im Netz der Lobbyisten

Verteidigungsministerium erweist sich erneut als kaum beherrschbar

Wer letztlich die Schuld an dem Drohnen-Desaster trägt, lässt sich nach all den Jahren, wechselnden Ministern und dem Wirrwarr an Kompetenzen nicht mehr klären. Dabei geht es nicht nur um das Versagen von Personen, sondern auch um einen Systemfehler

Ein Minister fängt es an, der nächste führt es weiter und schließlich muss einer Verantwortung für jahrelange Verantwortungslosigkeit übernehmen. Damit steht Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am Ende einer langen Reihe von Fehlleistungen - mit einer Entscheidung, deren Richtigkeit allerdings von niemandem angezweifelt wird. Es geht daher nur noch um die eine Frage, was er vor dem 13. Mai über die Probleme mit dem „Euro Hawk“ gewusst hat. Von der Antwort hängt es ab, ob er der Lüge oder der Unfähigkeit über-

führt ist. Ersteres ist schon längst trauriger Bestandteil politischer Realität geworden und bedarf daher keiner weiteren Betrachtung. Bei Letzterem geht es um die Frage, ob der Minister sein Haus im Griff hat.

Gerade das Bundesverteidigungsministerium gilt in diesem Punkt als heikles Terrain. Hier werden Entscheidungen über Rüstungsprojekte getroffen, die sich über Jahre entwickeln. Wie in keinem anderen Ressort prallen dabei die Partikularinteressen von Politikern, Beamten und Soldaten aufeinander. Zudem neigen große Behördenapparate dazu, sich zu verselbständigen und ineffizient zu werden. Umso wichtiger ist hier die Dienstaufsicht, also die fachliche und rechtliche Kontrolle des nachgeordneten Be-

reichs. Sie ist Kernaufgabe auch eines Ministers. Gerade im Verteidigungsressort genügt es nicht, alles gutgläubig abzuzeichnen, was einem vorgelegt wird. Ein Minister, der sich nicht sachkundig hält und einen permanenten Informationsfluss einfordert, wird schnell am Nasenring durch die Manège geführt. Die Verantwortung dafür trägt er allein.

Die Industrie trifft an dem Drohnen-Debakel keine Schuld. Sie hat geliefert wie bestellt und fordert für Nachbesserungen weiteres Geld. Das ist ihr Geschäft. In den Sonntagsreden der Verteidigungspolitiker heißt das „Partnerschaft zu beiderseitigem Nutzen“. Dahinter verbirgt sich der militärisch-industrielle Komplex, ein Geflecht von Interessenverbindungen

zwischen Politikern, Militärs und der Rüstungswirtschaft. Mit der Bundeswehr lässt sich viel Geld verdienen, politische Macht gewinnen oder erhalten und Vorsorge für die berufliche Zukunft treffen. In fast jedem Wahlkreis gibt es eine Militäranlage, einen Rüstungsbetrieb oder einen Zulieferer. Da haben alle am militärisch-politischen Komplex Beteiligten Interessen, die in einem Netzwerk zusammengeführt und durchgesetzt werden. So profitiert der eine durch Wiederwahl, der andere durch Aufträge und der nächste durch ein lukratives Jobangebot für den Fall des Ausscheidens aus dem Dienst. Politiker als Lobbyisten, Offiziere als Interessenvertreter und nachlässige Beamte. Das ist ein Systemfehler, an dem auch der durchsetzungsfähigste Minister nur durch einen Totalumbau seines Hauses und straffe Führung etwas ändern kann.

Jan Heitmann

JAN HEITMANN:

Yes, we scan

Die US-Regierung macht aus dem Internet einen globalen Überwachungsapparat. Dass das technisch möglich ist, weiß man schon lange. Allerdings hat man bislang nur Diktaturen zuge- traut, die digitale Freiheit und Transparenz auf diese Weise zu missbrauchen. Dass es ausge- rechnet die USA sind, die nicht nur ihre eigenen Bürger, sondern die Weltbevölkerung auf diese Weise ausspionieren, hätte man dagegen nicht erwartet. Dies ist nur ein weiterer Brocken, der aus dem Sockel vom Monu- ment des vorgeblichen Demokra- tie- und Freiheitshelden Barack Obama bricht. Einst unter dem Slogan „Yes, we can“ für ein andere Art der Politik ange- treten, steht der voreilig mit dem Friedensnobelpreis Bedachte heute für „Yes, we scan“, den totalen Überwachungsstaat. Wer vom Staat ein Höchstmaß an Sicherheit verlangt, muss auch gewisse Einschränkungen seiner Bürgerrechte hinnehmen, das steht außer Zweifel. Zwi- schen Sicherheit und Freiheit be- steht ein natürlicher Gegensatz. Es ist Aufgabe verantwortungs- voller Politik, zwischen diesen beiden fundamentalen Bedürf- nissen der Menschen das richtige Verhältnis zu finden. Was aber die US-Regierung zig Millionen von Menschen zumutet, ist un- verhältnismäßig.

Aber wir können etwas dage- gen tun. Das Internet ist ein US-amerikanisch dominiertes Medium, beherrscht von einigen wenigen Konzernen, auf deren Daten die US-Behörden per Ge- setz Zugriff haben. Zu diesen Anbietern gibt es nur wenige Al- ternativen, aber die kann man nutzen. Und schließlich muss man auch nicht alles via Internet in die Welt hinausposaunen. Ge- legentlich sollte man einfach erst das Gehirn und dann den Com- puter einschalten.

Brüssel contra Berlin und Paris

Unter dem Druck der auf sie ge- richteten Scheinwerfer einig- ten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatsprä- sident François Hollande auf ei- nige Punkte für eine gemeinsame Strategie in Sachen Euro-Rettung. Das magere Ergebnis wurde sofort kritisiert. „Europa ist zu wertvoll, als es Deutschland und Frankreich zu überlassen“, wettete EU-Wäh- rungskommissar Olli Rehn sofort auf die Absichtsäußerung von Berlin und Paris, einen hauptamtli- chen Euro-Gruppen-Chef zu wählen. Rehn behauptete gar, die Pläne von Merkel und Hollande unterwanderten das Prinzip der Union, welches kleineren Ländern erlaube, an wichtigen Entschei- dungen teilzuhaben (siehe Seite 5).

Als ich am 1. Juni mein Face- book-Account öffnete, konnte ich kaum glauben, was sich in dieser Nacht abgespielt hatte“, berichtet eine seit neun Jah- ren in der Türkei lebende Schles- wig-Holsteinerin. „In Istanbul schien die Hölle los gewesen zu sein. Ein Bild jagte das nächste und diese waren grausam. Es erinnerte mich an die Bilder aus Ägypten.“ Noch am selben Abend sah sie auf dem „Platz der Gemeinde“ bei sich in Bodrum 7000 Demonstranten. Sie forderten den Rücktritt von Mi- nisterpräsident Recep Tayyip Erdo- gan und sangen Hymnen und Märsche. „Die Stimmung war toll, man konnte den Zusammenhalt spüren; ich war das erste Mal stolz,

eine türkische Staatsbürgerin zu sein, hatte ich doch vorher immer bekundet, nur die Staatsbürgerschaft beantragt zu haben, um zu ar- beiten“, so die 36-Jährige, die sich darüber aufregt, dass das türkische Fernsehen die Demonstrationen weitgehend verschweigt.

„Erdogan ist ein berechnendes Tier“, schimpft eine Buchhalterin aus Izmir. „Er versucht, die weniger gebildeten Bürger auf seine Seite zu ziehen, verteilt in der Osttürkei Geld und Lebensmittel um die Stim- men der armen und ungebildeten Bürger zu sichern.“ Und auch der Organisations-Manager eines gro- ßen Hotels hat keine guten Worte für den türkischen Regierungschef übrig. „Nach und nach raubt Erdo-

gan uns unsere Freiheit“, ärgert er sich. „Warum darf ich kein Bier trin- ken wann und wo ich es will? Wenn ich mich auf der Straße umgucke ... Nirgendwo werden Regel eingehal-

Die meisten Türken sind stolz auf Atatürk

ten, niemand ist angeschnallt, ge- schweige denn Kinder sitzen im Kindersitz. Es gibt keine Regeln, keine Verbote ... Und ich darf als erwachsener Mann nicht trinken? Der Idiot soll sich um die wichtigen Dinge in unserem Land kümmern.“ Eine Deutschlehlerin aus Istan- bul, wohnend in Bodrum, berichtet

„Alles ist privatisiert. Schulen, Kin- dergärten, Krankenhäuser, Ärzte ... Klar gibt es das alles auch staatlich, aber jeder, der das Geld irgendwie aufreiben kann, schickt seine Kin- der auf eine bessere Privatschule ... Und dann sagt Erdogan noch, das jede Familie drei Kinder haben sollte! Wovon denn bitteschön, wenn mein Monatsgehalt für die Schule draufgeht.“ Nun ist über eine Woche vorbei und die Proteste halten an. Erdogan ist nach einem Afrikaaufenthalt nach Istanbul zurückgekehrt, emp- fangen von seinen Anhängern, bär- tigen Männern sowie Frauen mit Kopftuch. Da viele Türken einfach nicht genug Bildung besitzen, um die ganze Situation zu überblicken,

zählt für sie vor allem ihre Religion und die bedient Erdogan zur Ge- nüge. Aber er hat die Rechnung ohne die Masse der Türken ge- macht. „Die Türken werden von klein auf mit Atatürk konfrontiert, selbst mein Sohn lernt im Kinder- garten Lieder und Gedichte, die von Atatürk handeln“, beschreibt die 36-jährige Deutsche den zugleich in der Türkei tief verankerten Stolz auf die republikanische, säkulare Grün- dungsgeschichte. „Genau diese ‚Ata- türk-Kinder‘ halten jetzt diesen Protest aufrecht, wer weiß, wo er hinführt. Ich bin mir sicher, das wird noch ein langer Weg, ich hoffe, er führt in die richtige Richtung“, fährt sie fort.

Gesa Dinç

(Siehe auch Seite 4)

»Erdogan raubt uns die Freiheit«

Türkischer Ministerpräsident versucht, sein Volk zu bevormunden - Aufmerksame Bürger spüren überall Grenzen

MELDUNGEN

Baubeginn beim Deutschlandhaus

Berlin - Am vergangenen Dienstag begannen die Bauarbeiten zum Dokumentationszentrum der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Islamisten hart bestraft

London - 18 und 19 Jahre Haft lautet das Urteil gegen sechs Islamisten. Diese hatten im Juni 2012 einen Anschlag bei einem Treffen der rechtsgerichteten Organisation English Defence League (EDL) geplant.

Wachstumsmarkt Menschenhandel

Die Skrupellosigkeit von Schleusern weckt kaum Protest, Abschiebungen schon

Der Zustrom illegaler Zuwanderer und bandenmäßig nach Deutschland geschleuster Menschen steigt. Allein die Bundespolizei Frankfurt (Oder) greift seit Jahresanfang 988 Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere auf.

Wie ausgedehnt Schleuser inzwischen arbeiten, zeigte im Januar die Anklageschrift gegen sechs Nigerianer in Berlin. Allein der

Immer mehr illegale aufgegriffen

mutmaßliche Haupttäter der Bande kassierte teils 10000 Euro pro Einschleusung nach Deutschland, verdiente in 46 Fällen zirka 184000 Euro.

nicht um mittellose Flüchtlinge. Doch selbst die gerieten in die Fänge der Bande. Sie arbeitete hierbei mit dem Rotlichtmilieu zusammen.

nur als lange vorbereitete Aktionen gelingen. Den Kampf gegen den Menschenhandel will die Bundesregierung nun mit Gesetzesänderungen verschärfen.

Bundespolizei fürchtet Ruf des Menschenfängers

Bordelle sollen künftig gewerblich geregelt werden. Als Menschenhändler soll künftig auch gelten, wer andere zum Betteln oder zwecks Organhandels nach Deutschland bringt.

Die Schleusung vergeblich mittelloser Flüchtlinge und der Menschenhandel mit brutalem Zwang sind angesichts der aufgedeckten Fälle kaum zu trennen.

Hamburg ist aktuell zu einem Sammelpunkt hunderter Flüchtlinge aus Afrika geworden. Die SPD-Landesregierung ist überfordert.



Mehrere tausend Menschen demonstrieren in Berlin für mehr Rechte für Immigranten in Deutschland: Ihr Protest kritisiert den Staat, lässt aber jene, die an den Immigranten verdienen, außen vor

Erst vor wenigen Tagen führte die Bundespolizei in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Großrazzien gegen mutmaßliche Schleuser durch.

Bei der Bundespolizei in Frankfurt vergeht laut „Märkischer Oderzeitung“ „praktisch kein Tag ohne Aufgriffe“. Das Blatt zitiert den Leiter der dortigen Bundespolizeiinspektion, Wilhelm Borgert, bei der Polizei habe man Angst, den Ruf von „Menschenfängern“ zu bekommen.

Deutscher räumt auf

Vatikanbank: Wenn sich der Heilige Geist im Finanzdschungel verirrt

Im Vatikan hat das große Aufräumen in Sachen Finanzdschungel begonnen. Mit dem 1958 geborenen deutschen Manager Ernst Conrad Rudolf von Freyberg-Eisenberg-Allmendinger soll seit Beginn des Jahres endlich Licht in die zahlreichen Skandale und Affären der milliardenschweren sogenannten Vatikanbank kommen.

Calvi wurde 1982 „standesgemäß“ unter einer Themsebrücke mit dem beziehungsreichen Namen „Brücke der Schwarzen Mönche“ aufgehängt.

Geschichten wie aus einem Thriller

chenschaften wurden entdeckt, als in der Schweiz versteckte Akten geöffnet wurden.

Ungelklärte Morde, wie der an dem Mailänder Bankier Roberto Calvi der in Konkurs gegangenen „Banco Ambrosiano“ sowie der Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof Bologna mit 85 Toten werden ebenfalls in diesen Zusammenhang gebracht.

Der jetzige Chef und Jurist aus einem schwäbischen Adelsgeschlecht will nun endgültig aufräumen und im Oktober erstmals eine Bilanz der Bank veröffentlichen.

Der jetzige Chef und Jurist aus einem schwäbischen Adelsgeschlecht will nun endgültig aufräumen und im Oktober erstmals eine Bilanz der Bank veröffentlichen.

Optionspflicht bleibt

Linke plante »Geschenk« für Türkischstämmige

Die Bundestagsmehrheit von CDU/CSU und FDP hat Anträge von SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“ auf Streichung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht abgelehnt.

Ihren Reihen keinen Rassismus gibt. Ich brauche nur den Namen Thilo Sarrazin zu nennen.“ Wort auf der SPD-Abgeordnete Rüdiger Voit erklärte: „Ich persönlich bin der Auffassung, dass viele der Thesen von Herrn Sarrazin durch das Wesen eines menschenverachtenden Psychopathen gekennzeichnet sind.“



Doppelstaatsbürgerschaft wurde abgelehnt

Einige Redner der Opposition griffen in der Debatte tief in die Schlammliste. Sevim Dagdelen von der Partei „Die Linke“ warf der Bundesregierung „Türkenfeindlichkeit“ vor.

Veit hatte auch Heinz Buschkowsky, dem SPD Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, einen Seitenhieb verpasst. Dieser sei „endgültig von allen guten Geistern verlassen“, erklärte Voit, nur weil Buschkowsky auf die Tatsache hingewiesen hatte, dass doppelte Staatsbürgerschaften auch benutzt werden, um sich einer Strafverfolgung in Deutschland zu entziehen.

Die Schulden-Uhr: Urteil kommt Staat teuer

Das vom Bundesverfassungsgericht gefällte Urteil, dass auch eingetragene Lebenspartnerschaften Anspruch auf Ehegattensplitting haben, wird den Staat teuer zu stehen kommen.

2.083.957.240.994 €

Vorwoche: 2.083.435.531.880 € Verschuldung pro Kopf: 25.414 € Vorwoche: 25.408 €

(Dienstag, 11. Juni 2013, Zahlen: www.steuernzahler.de)

Michael Leh

Falsche Flagge

Von THEO MAASS

Die Potsdamer Garnisonkirche wird zum zumeist privat gesammelten Spendengeldern wieder aufgebaut. Bisher hatten vor allem linksextreme Deutschlandhasser versucht, das Projekt zu torpedieren. Ohne Rückhalt in der Bevölkerung veranstalteten sie in der Vergangenheit schlecht besuchte Demonstrationen gegen den Wiederaufbau. Der linke Rand war weitgehend isoliert.

Nun jedoch sind Plakate mit dem Logo der NPJ aufgetaucht, die den Wiederaufbau im Namen der Rechtsaußen-Partei begrüßen. Die Gelegenheit ließ sich Sascha Krämer, der örtliche Chef der Linkspartei, nicht entgehen: „Die Garnisonkirche als Symbol für Faschismus und Militarismus wird von den Nazis erneut instrumentalisiert.“ Dumm nur, dass die NPJ die Urhebererschaft der Plakate leugnet. Das wirft Fragen auf: Sagt der NPJ-Mann die Wahrheit? Davon kann man ausgehen, denn warum sollte er sich von einer eigenen Plakataktion für die Garnisonkirche distanzieren? Auch die Einschätzung des NPJ-Chefs Klaus Baier, der die Aktion als „Scherz-Plakatierung“ bezeichnete, spricht dafür, dass die NPJ tatsächlich nichts mit den Schildern zu tun hat.

Die Junge Union Potsdam war bislang die einzige politische Organisation, die nicht zur Tagesordnung übergang. Und deren Vorsitzender Tino Fischer hat einen Verdacht: „Es ist eine Farce“, so Fischer, „dass gerade die Gegner der Garnisonkirche sich dem undemokratischen politischen Mittel der Täuschung bedienen.“ Schon während des Kalten Krieges schmierten kommunistische Agenten vermeintliche „Nazi-Propaganda“, um den Klassenfeind zu „demaskieren“. Da wundert es wenig, dass ausgerechnet die Linkspartei die scheinbaren NPJ-Plakate dermaßen prompt in ihre Propaganda eingespannt hat.

Man wollte es nicht wissen

Berlin: Höhere Einwohnerzahlen waren politisch erwünscht – Zensus 2001 wurde ignoriert



Warteschlange vor dem Bürgeramt Wedding in der Müllerstrasse: Meldeämter beseitigten Karteileichen nicht

Bild: Caro

Die jüngste Volkszählung beschert der Stadt Mindereinnahmen, denn sie hat 180 000 Bewohner oder rund fünf Prozent weniger als offiziell gedacht. Die hoch verschuldete Stadt erhält daher 470 Millionen Euro weniger aus dem Länderfinanzausgleich.

Diese Zensus-Krise zeigt Berlins Abhängigkeit von föderalen Transfers, dabei hat Berlin noch Glück: Der Stichtag für die rückwärtige Neuberechnung ist der 9. Mai 2011. So betrifft das Finanzierungslöcher vor allem die nahe Zukunft – eine große Herausforderung, und das in einem Jahr mit wirtschaftlichem Wachstum. Für 2013 rechnet der

Senat mit 374 Millionen und 2015 mit 345 Millionen Euro, die nun extra aufzubringen sind.

Der Senat, der eigentlich mit Mehreinnahmen und geringerem Zinsdienst für Altschulden kalkuliert, droht nun den Überblick zu verlieren: Erst sprach Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) von 940 Millionen Euro, die dieses Haushaltsjahr fehlten. Darauf rechnete er Einnahmen gegen und kam auf ein Defizit von 446 Millionen Euro. Der Doppelhaushalt 2014/2015 ist jedenfalls akut in Gefahr, Neuverschuldung droht.

Doch Berlins Politik ist selbst schuld. Meldeämter wurden jahrelang nicht

angewiesen, Karteileichen zu beseitigen. Bei Verstößen gegen das Meldegesetz gab es „kein massives Interesse, diese zu bereinigen“, kritisiert nun das unabhängige Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Warnungen vor fehlerhaften Zahlen gab es genug, auch von Wirtschaftsforschern. Das Landesamt für Statistik räumte zudem schon zum Testlauf des Zensus 2001 starke Unterschiede von über fünf Prozent zwischen den politischen Einwohnererwartungen und den Ergebnissen ein. Die Politik reagierte nicht. Sie ignorierte, dass sich vorwiegend Ausländer nicht abmeldeten. Von den 180 000 statistisch Verschwundenen sind 60 Prozent Menschen ausländischer Herkunft, weitere 30 Prozent Zuwanderer mit deutschem Pass und nur zehn Prozent ausgewanderte Deutsche, so der für den Zensus zuständige Landesstatistiker Karsten Wenzel. Selbst die in Berlin zahlreich nicht zustellbaren neuen Steuernummern des Bundes weckten die Landespolitik nicht auf.

Doch das nun entstehende Haushaltsloch über neue Schulden zu schließen, kann sich Berlin nicht leisten: „Wir haben die klare Absicht, die Nettobelastung nicht durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren“, sagte Nußbaum. Er muss jetzt neue Sparziele mit den Ressorts

durchfechten. Für diese Haushaltsberatungen sei „kreatives Brainstorming“ gefragt, so der Senator. Träume des linken SPD-Flügels von der Förderung landeseigener Wohnungsgesellschaften und SPD-Programme für „bezahlbare Mieten“ stehen auf der Kippe, noch bevor sie Gestalt annehmen. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß kündigte als Stimme der Parteilinken immerhin noch jüngst „Wohnungsbaufonds in Höhe von 320 Millionen Euro“ aus Bundes- und Landesmitteln an. Er hält sich jetzt bedeckt. Sein Kalkül zum Zensus ist klar: Noch-Bürgermeister Klaus Wowereit muss mit Rot-Schwarz eisern sparen, während er später mit Rot-Grün wieder Wohlhätten verteilt.

Der Konflikt um die Spielräume künftiger sozialdemokratischer Politik dürfte die Partei schwer belasten, sobald die junge Garde um Stöß keine finanziellen Verfügungsrahmen mehr in Aussicht hat. Nußbaum machte seinen Senatskollegen klar, dass im zweiten Halbjahr „haushaltswirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen“, sprich eine Haushaltssperre, verordnet werden, wenn nicht alle ihren Sparbeitrag leisten. Ende des Monats will der Senat auf der Grundlage eines Statusberichts zum Haushalt über die unmittelbaren Schritte entscheiden: Entweder sparen oder mehr einnehmen. Berliner dürfen sich also im Bundestagswahlherbst auf neue Abgaben gefasst machen, zur Unzeit für die Politik. *Sverre Gutschmidt*

Bildersturm in Doorn?

Zum Artikel der Preussischen Allgemeinen Zeitung vom 1. Juni 2013 ist folgendes anzumerken:

Der berühmte Soziologe Max Weber äußerte sich 1919: „Es ist eine Sinnlosigkeit, die Frage nach der Schuld am Kriege zu stellen. Bedeutsam ist allein die Verantwortung gegenüber der Zukunft. Diese Verantwortung tragen nicht die Besiegten, sondern ausschließlich die Sieger.“

Vor dieser Verantwortung haben die Siegermächte leider versagt. So prophezeite der ehemalige holländische Staatsminister Dr. jur. A. F. de Savornin Lohman schon im Frühjahr 1920: „Die Siegermächte haben mit den Friedensbedingungen dem Rechtsbewusstsein Gewalt angetan, und sie wären auf so etwas sicher nicht verfallen, wenn sie an die eigene Unschuld geglaubt hätten. Das Unrecht wird schwelen und gären in Europa und die internationale Politik vergiften. Eine politische Ordnung, die sich auf Unrecht gründet, gleicht einem Bau auf schwankendem Boden. Europa steht keine gute Zeit bevor. Glaubt jemand, daß dieses Volk Luthers, Goethes, Kants, Leibniz', Friedrich des Großen und Bismarcks sich mit einer Helotenstellung in der Welt wegen unwahrer Anklagen und Ungerechtigkeiten zufrieden geben wird? Viel wahrscheinlicher wird es sich in eine neue Tragödie stürzen bis die Stunde der Vergeltung



geschlagen hat. Die USA, Frankreich und England haben eine gefährliche Zukunft vorbereitet.“

Diesem seherischen Urteil des holländischen Staatsministers aus dem Jahr 1920 ist auch heute nichts hinzuzufügen. Es ist zu hoffen, daß die Umwidmung des Hauses Doorn, in dem der deutsche Kaiser Wilhelm II. bis zu seinem Tode im Jahre 1941 gewohnt hat, diesem Ausspruch des holländischen Staatsministers gerecht wird.

V.i.S.d.P.
Ehrhardt Bödecker
Bankier a. D.
und Stifter des
Brandenburg-
Preußen Museums
in 16818 Wustrau,
Eichenallee 7a.

Ehrhardt Bödecker
Ehrhardt Bödecker
Wustrau in Brandenburg

Abrissbirne erbeten

Leerstand in Brandenburg nimmt weiter zu

Rund 50 000 Wohnungen müssen in Brandenburgs Landesteilen fern der Hauptstadt Berlin bis 2020 zusätzlich abgerissen werden, sagt der gut 360 000 Mietwohnungen starke Verband der Berliner Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU). Der Siedlungsgürtel um die Metropole indes wächst. Fern der Hauptstadt droht hingegen selbst Ortskernen Verödung.

In manchen Regionen Brandenburgs steht jede vierte bis dritte Wohnung leer. Und manche

schlechte Vorhersage für die Bevölkerungsentwicklung muss nach der neusten Volkszählung noch nach unten berichtigt werden. So hat der Landkreis Uckermark nach Auswertung der neusten Daten 3500 Einwohner weniger als die gedachten 128174. In Schwedt lebten am Stichtag im Mai 2011 tatsächlich 31785 statt 33 578 Menschen. Die Entwicklung geht somit schneller voran, als gedacht. Der BBU legt nun

Schätzungen vor, die in der Prignitz und Lausitz bis 2020 jede dritte Wohnung mangels Nachfrage als unvermietbar einstufen, und fordert ein Programm für Abriss- und Umbau durch die Bundesregierung. Die Landkreise Prignitz, Elbe-Elster und Spree-Neiße seien besonders betroffen. Rund 60 000 Wohnungen wurden in der Mark seit 2001 bereits abgerissen, der

Märker drängen nach Berlin

Leerstand lag 2012 durchschnittlich bei 9,9 Prozent.

Der BBU warnt nun vor dem Auslaufen des Stadtumbauprogramms Ende dieses Jahres. BBU-Vorstand Maren Kern sprach von „Geisterstädten“. Sanierte Plattenbauten vermieten sich laut der BBU zwar gut und weisen nur etwas über vier Prozent Leerstand auf, der betrifft dafür zunehmend Altbau. Im Berliner Umland mit Ausnahme des östlichen steigt hingegen nach BBU-Angaben der Bedarf an Wohnungen. *SV*

MELDUNGEN

Sudans Soldaten
in Pufferzone

Khartum/Juba – Trotz zahlreicher Vermittlungsversuche der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen haben am vergangenen Montag sudanesisische Soldaten die Pufferzone zwischen dem Sudan und dem 2011 neugegründeten Staat Südsudan betreten. Kurz zuvor hatte der Sudan erst im September nach mühevollen Verhandlungen geschlossene Vereinbarungen annulliert. Das Land beschuldigt die Regierung im Südsudan Rebellen, die den Sturz des sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir zum Ziel haben, zu unterstützen. Den Sudan und den Südsudan verbinden eine jahrzehntelange Feindschaft und der Umstand, dass der Süden zwar das Öl hat, dieses aber für den Export über die Pipelines und den Hafen des Nordens transportiert werden muss. Da keine der beiden Regierungen der anderen etwas gönnt, stoppt die Ölförderung immer wieder, was die wirtschaftliche Lage in den Ländern weiter verschlechtert. *Bel*

Im Parlament
eingesperrt

Sarajevo – Seit über einer Woche demonstrieren Eltern und Studenten in mehreren bosnischen Städten gegen das Fehlen einer Regelung für die Personenregisternummern. Was wie ein bürokratisches Detail klingt, hat in der Realität die Folge, dass, seitdem das bosnische Verfassungsgericht im Februar die bisherige Regelung gekippt hat, keine Krankenkarten und Reisepässe für Neugeborene ausgestellt werden. So konnte ein schwerkranker Säugling nicht nach Deutschland ins Krankenhaus gebracht werden, weil der Pass fehlte. Wütende Demonstranten hatten bereits ihre Abgeordneten am Verlassen des Parlaments gehindert und gefordert, sich sofort des Problems anzunehmen. *Bel*

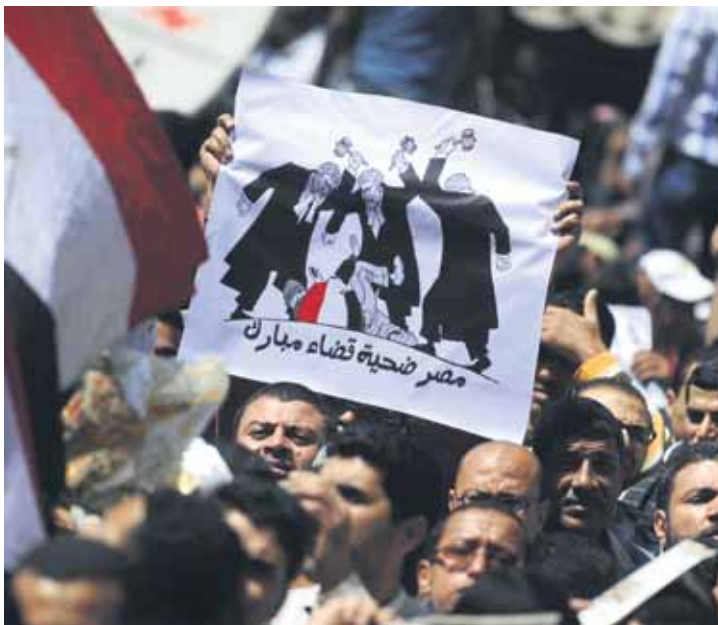
Ägyptens Verfassungsgericht hat nach dem Parlament auch den von Muslimbrüdern und Salafisten dominierten Senat für verfassungswidrig erklärt. Für Präsident Mohammed Mursi, der nicht nur die Wirtschaft zum Tiefstand geführt hat, wird es eng.

Der Machtkampf zwischen dem Islamisten um Präsident Mursi und seiner Muslimbruderschaft und seinen Gegnern samt der Judikative geht in Ägypten in eine neue Runde. Noch vor der Wahl von Mursi zum Präsidenten war im Sommer letzten Jahres das demokratisch gewählte Parlament wegen formaler Fehler im Wahlgesetz noch vom Militär aufgelöst worden. Mursi war es trotz mehrmaliger Versuche nicht gelungen, das alte, von der Muslimbruderschaft dominierte Parlament wieder einzusetzen. Er versuchte stattdessen die Kompetenzen des Unterhauses an das ägyptische Oberhaus, die zweite Kammer der Volksvertretung, die ebenfalls von der Muslimbruderschaft beherrscht wird, zu übertragen. Jetzt wurde auch dieses Oberhaus vom Obersten Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Laut Gericht ist das Wahlrecht – auf dessen Grundlage das Oberhaus des Parlaments gewählt wurde – nicht verfassungsgemäß.

Nachdem in Ägypten bereits die Legislative und die Exekutive unter Kontrolle der Islamisten geraten waren, konnte zumindest die Judikative, die dritte Macht im Staate, trotz mehrmaliger Versuche Präsident Mursis, sie zu schwächen, ihre Unabhängigkeit behaupten. Nun hat das Verfassungsgericht auch die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung für ungültig erklärt und somit auch indirekt die neue Verfassung, die bereits vom Volk angenommen war, wieder gekippt. Die Auswirkungen des Urteils sind jedoch nicht klar. Einige Experten geben zu bedenken, dass die Verfassung nicht juristisch angegriffen werden könnte, da sie per Referendum von der Bevölkerung angenommen wurde. Das hat die politische Blockadesituation in Ägypten weiter verkompliziert.

Teilsieg mit Abstrichen

Eigentlich wollte Ägyptens Präsident durchregieren, doch die Justiz hat seine Pläne durchkreuzt



Fühlen sich von der Justiz diskriminiert: Anhänger der Muslimbrüder

Bild: action press

völkerung angenommen wurde. Das hat die politische Blockadesituation in Ägypten weiter verkompliziert.

Das Gericht hat jetzt die Empfehlung ausgesprochen, das von Islamisten dominierte Oberhaus so lange im Amt zu lassen, bis ein neues Parlament gewählt wird. Damit wächst nun der Druck auf die Regierung, Parlamentswahlen anzubereiten. Geplant waren diese bereits im April. Angesichts von Wirtschaftskrise und Boykottaufrufen der Opposition waren die Wahlen aber abgesagt worden. Die Wahl wird frühestens im Herbst erwartet. Die große Frage ist, ob sich die liberale Opposition bis zu diesen Wahlen zusammenraufen kann, um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu verschieben.

Gelingt das nicht, wird das Land auf absehbare Zeit im Konflikt zwischen Islamisten und Liberalen sowie dem Präsidenten und der Justiz gelähmt bleiben.

Mehr als zwei Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ in Ägypten

Noch ist Mursi zwar blockiert, doch das lähmt auch das Land

sind die wichtigsten Errungenschaften dieses Frühlings durch die islamistische Führung zurückgegangen. Nur die Justiz hat einen Teilsieg erreicht. An der gegenwärtigen politischen Machtkonstellation ändert sich zunächst

jedoch nichts. Solange das Oberhaus im Amt bleibt, wird weiter die islamistische Mehrheit die Gesetze machen. Hätte das oberste Gericht die sofortige Auflösung des Oberhauses gefordert, wäre die gesamte gesetzgeberische Macht an Mursi gegangen, was diesem im Endeffekt eine noch größere Machtfülle verliehen hätte als Ex-Diktator Husni Mubarak seinerzeit, gegen den die Facebook-Revolution vom Februar 2011 eigentlich gerichtet war.

In der Bevölkerung ist der Unmut über die Führung der Muslimbruderschaft groß. Die Zustimmungsraten für Mursi sinken. Dies will nach dem Durchmarsch der neuen islamistischen Verfassung eine Bürgerinitiative ausnutzen, die seitdem Unterschriften unzu-

friedener Ägypter gegen den Präsidenten sammelt. Das Ziel der Initiative Tamarod (Rebellion) ist nach deren eigenen Angaben mehr Unterschriften zu sammeln als die 13,2 Millionen Wählerstimmen, die Mursi in der Präsidentschaftswahl erreicht hatte, als er die Wahlen mit 51 Prozent bei 45 Prozent Wahlbeteiligung gewonnen hatte. Bis Ende Juni, dem ersten Jahrestag von Mursis Amtsantritt, wollen sie dieses Ziel erreichen. Dieses Beispiel beweist, dass sich trotz widriger Umstände in Ägypten erste zivilgesellschaftliche Strukturen bilden konnten. Großen Anteil daran hatten auch die von Mursi bekämpften ausländischen politischen Stiftungen.

Die islamistische Politik hat die Wirtschaftskrise Ägyptens noch verschärft. Der Versuch der Islamisten, die Macht zu monopolisieren, hat nicht nur die säkulare Opposition auf die Straßen getrieben. Die Straßenkämpfe haben auch dazu geführt, dass der Tourismus um bis zu 80 Prozent zurückgegangen ist. Das ambivalente Verhältnis der Muslimbrüder zu Recht und Gesetz ist auch ein Hindernis für die ordnungsliebende Geschäftswelt, die kein Vertrauen in die Regierung Mursi hat. Unpopuläre Sparmaßnahmen sollen jetzt das Land weiter kreditwürdig halten. Sogar die Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen wird diskutiert. Allein mit dem für die Weltwirtschaft wichtigen Suez-Kanal, um den bereits einige Kriege ausgefochten wurden, verfügt Ägypten über eine zuverlässige Einkommensquelle, welche zu einer Stabilisierung beitragen könnte.

Fast die Hälfte der ägyptischen Wirtschaft liegt seit Jahrzehnten in den Händen der Generäle, ein Tabuthema, auch für den Internationalen Währungsfonds und die westlichen Regierungen, die in den Militärs einen Garanten der Stabilität sehen. Ohne eine Entmachtung der islamistischen und der militärischen Oligarchie kann die ägyptische Wirtschaft aber kaum an Fahrt gewinnen. *Bodo Bost*

Moskaus Aderlass

Experten fliehen aus Russland – Trübe Zukunftsaussichten

Lange machte ein Gerücht in Russland die Runde, das nun offiziell bestätigt wurde: Das Ehepaar Putin hat sich getrennt. Nach einem gemeinsamen Ballettbesuch auf ihre Ehe angesprochen, bestätigten beide Putins, dass sie schon seit über acht Jahren getrennte Wege gehen. Die Kommentare in Zeitungen und Blogs ließen nicht auf sich warten. „Ob der FSB ihr wohl schon einen Besuch abgestattet hat?“ oder „Was die First Lady geschafft hat, bringt das Volk nicht zustande.“

In der Tat wünschen sich viele, Putin möge den Präsidententhron räumen, glauben aber, dass er daran „klebt“. Als das renommierte und international anerkannte Meinungsforschungsinstitut „Levada-Zentrum“ im Mai eine Umfrage veröffentlichte, der zufolge 55 Prozent der Russen gegen eine vierte Amtszeit Wladimir Putins sind, geriet das Institut unter Druck. Weil es angeblich „Finanzierung aus dem Ausland“ erhalte, wurde das Levada-Zentrum aufgefordert, sich als „ausländischer Agent“ registrieren zu lassen. Seit einiger Zeit stehen Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten oder dort Niederlassungen haben, auf diese Weise unter der Kontrolle des russischen Staates. Unter Druck sehen sich auch vermehrt freie Wissenschaftler.

Der namhafte Wirtschaftswissenschaftler Sergej Gurijew, bis vor Kurzem Rektor der Russischen Wirtschaftshochschule und Medwedjews Top-Berater, floh nach Paris, nachdem Justizorgane ihn mehrfach verhört hatten. Sein Vergehen: Der Experte hatte 2011 im Auftrag des Menschenrechtsrats beim Präsidenten Russlands ein Gutachten zum zweiten „Fall Ju-

Enger Vertrauter
Putins hat das
Kabinett verlassen

kos“ verfasst, in dem er zu dem Schluss gekommen war, dass Ex-Jukos-Chef Chodorkowskij unschuldig sei. Den Auftrag für das Gutachten hatte noch Dmitrij Medwedjew als Präsident erteilt. Wie Gurijew wurden seit 2011 gegen alle bisherigen Verteidiger Chodorkowskij Sanktionen verhängt. An Stelle unabhängiger Experten – soweit in Russland überhaupt davon die Rede sein kann – treten Konformisten, die dem Präsidenten nicht gefährlich werden können. So sehen es zumindest Putin-Kritiker.

Vor Kurzem hat mit Vize-Premier Wladislaw Surkow das erste prominente Regierungsmitglied

Putins Kabinett verlassen. Er galt als mächtiger Kreml-Ideologe und war einer der engsten Vertrauten von Putin. Surkows Umfeld war seit Längerem über Putins rabiatischen Kurs verärgert. Man hatte sich eher auf vorsichtige liberale Reformen eingestellt. Zum Zerwürfnis mit Surkow kam es, als Putin der Regierung vorwarf, die Dekrete des Präsidenten nicht angemessen umzusetzen.

Nach seinem Rücktritt schweigt Surkow nicht, sondern er prophzeit Russland düstere Zeiten. Das Bruttoinlandsprodukt lag im ersten Quartal mit nur 1,6 Prozent weit hinter den erwarteten drei bis vier Prozent Wachstum, die Ergebnisse der Industrie nähern sich der Nullmarke. Da 60 Prozent des russischen Haushalts aus Öleinnahmen stammen, müssten die Russen mit einem erheblichen Abbruch ihres Wohlstands rechnen, sollte der Ölpreis verfallen. Der Staat müsse sämtliche Subventionen streichen und sogar die staatliche Altersversorgung einfrieren.

Anzeichen für Stillstand sehen Kritiker auch in der Untätigkeit der Regierung bei der Bewältigung des Migrantenproblems. Zwar wurde ein Gesetzentwurf unterbreitet, demzufolge drei Millionen illegale ausgewiesen werden sollen, doch Taten folgten bislang nicht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Nur bedingt ein Vorbild

Schweden ist keineswegs eine stabile Muster-Volkswirtschaft

Werden Vorbilder gesucht, wenn es darum geht, wie Krisenländer aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen können, wird regelmäßig ein Beispiel genannt: Schweden. Erst 20 Jahre ist es her, dass sich das skandinavische Land kurz vor dem Ruin sah. Eine kostspielige staatliche Umverteilungspolitik kombiniert mit einer geplätzten Spekulationsblase am Immobilienmarkt hatte das Land Anfang der 1990er Jahre hart an den Abgrund gebracht. Wie sich Schweden mit Reformen aus der damaligen Immobilien- und Bankenkrise herausgearbeitet hat, gilt mittlerweile als Musterbeispiel erfolgreicher Sanierungspolitik. Die Sozialausgaben wurden zurückgeführt, Steuern angehoben und Staatsbetriebe privatisiert.

Recht wenig Lehren scheint man indessen aus der damaligen Immobilienkrise gezogen zu haben. In Schweden wächst nämlich nun die Sorge, dass sich der Immobilienmarkt erneut als Krisenauslöser entpuppen könnte. Entstanden ist eine explosive Mischung, die bereits aus Ländern wie Irland und Spanien bekannt ist: hochverschuldete Privathaushalte kombiniert mit einem überhitzten Häusermarkt. Dass inzwischen schon der Internationale Währungsfonds (IWF) vor den drohen-

den Gefahren dieser Entwicklung warnt, hat gute Gründe. Auf der Höhe der schwedischen Bankenkrise im Jahr 1990 waren die Privathaushalte „nur“ mit 135 Prozent des verfügbaren Einkommens verschuldet – im Jahr 2012 war diese Quote auf 173 Prozent angestiegen. Damit zählen Schwedens Privathaushalte in Europa zu denjenigen, die am stärksten verschuldet sind.

Gefahr durch hohe
Privatverschuldung
und Immobilienblase

Zudem lassen sich die Schweden bei der Rückzahlung ihrer Immobilienkredite extrem lange Zeit – im Durchschnitt über 140 Jahre, so die Kritik des IWF.

Wegen der hohen Immobilienpreise herrscht ein Mangel an Wohnungen. Laut dem staatlichen Bauamt müssten in dem neun Millionen Einwohner zählenden Land jährlich bis zu 60 000 Einheiten neu erstellt werden, um die Nachfrage zu befriedigen. Tatsächlich werden aber nicht einmal 20 000 Wohnungen pro Jahr gebaut. Weitere Gründe hierfür sind neben den hohen Immobilienpreisen komplizierte Bewilligungsverfahren für Neubauten und eine

starke Marktregulierung, die Mietwohnungen als Investitionen unattraktiv machen.

Trotz der bestehenden Nachfrage gilt ein Krach auf dem Immobilienmarkt aufgrund der Verschuldungssituation inzwischen als eine echte Gefahr. Neben der Krise der Euro-Zone stellt der Immobilienmarkt inzwischen das größte Risiko für Schwedens Wirtschaft dar, so der IWF.

Bei dem Versuch, den Preisauftrieb zu bremsen, steckt die schwedische Riksbank allerdings in einem Dilemma. Die Entwicklung ist so weit fortgeschritten, dass eigentlich notwendige Maßnahmen wie abgesenkte Beleihungsgrenzen auf Immobilien, also höhere Mindestanzahlungen, schnell zum Auslöser eines abrupten Preisverfalls und damit letztendlich zum Krisenauslöser werden könnten. Die Folgen könnten laut IWF weitreichend sein. Angesichts der hohen Privatverschuldung wäre sowohl der Konsum als auch erneut der Bankensektor betroffen. Zunehmen könnten sowohl die Kreditausfälle als auch die Arbeitslosigkeit. Zudem haben die Unruhen in Schweden gezeigt, dass trotz aller Reform- und Sanierungsfolgen der letzten 20 Jahre, die Jugendarbeitslosigkeit in Schweden weiter auf 25 Prozent geklettert ist.

Norman Hanert

Privatisierung mit Schattenseiten

Seit Liberalisierung des Schienenverkehrs tummeln sich immer mehr ausländische Staatsbahnen in Deutschland

Gewinnrückgang, schrumpfender Güterverkehr, Verzögerungen bei der Lieferung neuer Züge und der Verlust von Regionalverkehrsstrecken quälten die Deutsche Bahn. Doch anstatt zu handeln, verrennt sich der Vorstand in Träume von unrealistischen Wachstumswahlen.

Auf den ersten Blick mag ein Betriebsergebnis von 470 Millionen Euro für die ersten vier Monate in diesem Jahr nach einer erfreulichen Nachricht klingen, doch Bahnchef Rüdiger Grube war keineswegs beglückt. Eigentlich hatte die Deutsche Bahn AG 660 Millionen Euro für besagten Zeitraum angestrebt und das sollte nur eine Etappe beim großen Ziel von vier Milliarden Nettoergebnis im Jahr 2018 sein. So waren für dieses Jahr insgesamt 2,9 Milliarden Euro angepeilt, doch nun zeichnet sich ab, dass zwei Milliarden Euro schon ein erfreuliches Ergebnis wären.

Und während der Konzern noch vom Wachstum träumt, bröckelt ihm das Fundament weg, ohne dass alle hochfliegenden Pläne zum Scheitern verurteilt sind. Zwar bekennt man bei der Deutschen Bahn, dass der Schienengüterverkehr schon wieder Verluste schreibt, doch schiebt man diese Einbrüche überwiegend auf die schlechte Konjunktur aufgrund der Euro-Krise. Richtig stimmig ist dies jedoch nicht, denn deutschen Unternehmen geht es vergleichsweise gut und deren Waren werden weiterhin transportiert, auch konsumieren deutsche Verbraucher fleißig Waren aus dem Ausland. Dass der Bereich in den letzten Monaten um rund fünf Prozent schrumpfte, beruht eher auf dem Umstand, dass die Bahn immer mehr Konkurrenz bekommt.

Was bei dem Güterverkehr erst allmählich geschieht, ist im Regionalverkehr bereits im vollen Gange. Bisher galt die Sparte DB Regio als Goldesel des Konzerns. Der Schienennahverkehr, der vom

Bund mit sieben Milliarden Euro pro Jahr subventioniert wird, wird jedoch immer mehr zur Achillesverse des Konzerns, der auch ein großer Arbeitgeber ist.

So mancher Berufspendler und regelmäßiger Bahnkunde hat in den letzten Jahren selbst erlebt, dass auf seiner Strecke statt der Deutschen Bahn ein anderer Anbieter fährt. Oft lösten diese Veränderungen eine positive Erwartungshaltung und auch ein wenig Schadenfreude darüber aus, dass die große Deutsche Bahn, die viele Kunden mit Verspätungen und unfreundlichem Personal assoziiert, keineswegs mehr allmächtig ist. Die Privatisierung des

Blick so viele verschiedene neue Anbieter gibt, sind Verallgemeinerungen nicht möglich. Oft jedoch geht der Anbieterwechsel mit Stellen

Heimatmarkt hat der Deutschen Bahn nicht mehr viel zu bieten

Stellenstreichungen bei der Deutschen Bahn einher und insgesamt mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, denn noch heute zehren die DB-Mitarbeiter von den Privilegien, die ein Staatskonzern in sich birgt. Hinzu kommt

durchaus darauf geachtet habe, dass das neue Unternehmen Tariflöhne zahle. Das ist auch der Fall, nur liegt der Branchentarif der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (ehemals Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet) in diesem Fall unter dem, was die Deutsche Bahn zahlt, auch sind die Mitarbeiter jünger, was niedrigere Grundgehälter bedeutet.

Aus Sicht des Deutsche-Bahn-Vorstandes sind auch die niedrigen Löhne der Konkurrenz Ursache dafür, dass bei Ausschreibungen inzwischen nur noch knapp 50 Prozent der Strecken zurück an die Deutsche Bahn als Betreiber gehen.

Deutschland GmbH, die in Nordrhein-Westfalen und Nordhessen aktiv ist, ist wiederum die Tochter einer öffentlichen französischen Eisenbahngesellschaft. Und wer bei der Dieselnetz Südwest GmbH, die gerade die Ausschreibung für zehn Eisenbahnstrecken in Rheinland-Pfalz gewonnen hat, an ein deutsches Unternehmen denkt, irrt. Zwar ist das Unternehmen eine Tochter der Regentalbahn AG, die wiederum gehört zum Netinera-Konzern, der zu 51 Prozent der italienischen Staatsbahn Ferrovie dello Stato und dem französisch-luxemburgischen Infrastrukturfonds Cube gehört. Netinera hatte 2010 das Deutschlandgeschäft der britischen Gesellschaft Arriva übernommen, die von der Deutschen Bahn aufgekauft worden war, doch da die DB sich aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht selbst Konkurrenz machen durfte, fiel das Deutschlandgeschäft an Netinera, die nun zweitgrößter Anbieter im Personennahverkehr werden wollen. Dies ist zurzeit noch Veolia Verkehr GmbH, die dem französischen Mischkonzern Veolia (Wasser, Abwasser, Strom) und der französischen Staatsbank CDC gehört. Veolia Verkehr betreibt in Deutschland beispielsweise die Bayerische RegioBahn. Doch da der französische Mutterkonzern Veolia nach starken Verlusten Unternehmensanteile verkauft, bot sie der im heimischen Revier stark zurückgedrängten Deutschen Bahn ihr Osteuropageschäft an.

Und während also die Deutsche Bahn AG, die trotz allem als profitabelste europäische Eisenbahngesellschaft gilt, in ihrem Mutterland eher schrumpft als wächst, breitet sich ihre Tochter DB Arriva in Osteuropa aus. Nach Polen, Slowakei und Tschechien kommen nun auch noch Kroatien, Serbien und Slowenien im Bahn- und Busverkehr hinzu. Die „Privatisierung“ des europäischen Schienenverkehrs macht es möglich.

Rebecca Bellano



Deutsche Bahn Regio: Der „Goldesel“ des Konzerns leidet unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit Bild: imago

Schienenverkehrs sollte für mehr Wettbewerb in diesem Bereich sorgen. Und dieser erwischt die Bahn derzeit kalt. Denn Stück für Stück verliert ihre DB Regio das Recht, von Kommunen vergebene Strecken zu befahren. Inzwischen wird ein Viertel der Nahverkehrsstrecken von neuen Betreibern bedient. Diese haben oft neuere Züge und sind manchmal billiger, pünktlicher, freundlicher und auch flexibler, da es aber auf den ersten

eine starke gewerkschaftliche Durchdringung. Und so ist es auch die bei der Bahn mit tonangebender Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die betont, dass die neuen Wettbewerber schlechtere Arbeitszeitregelungen und niedrigere Löhne hätten. Sachsen-Anhalts Nachverkehrsgesellschaft, die Anfang des Jahres den S-Bahn-Verkehr im Raum Halle an den Bahnkonkurrenten Abellio vergeben hat, erwidert jedoch, dass man

Wer die Namen der vielen neuen Konkurrenten der Deutschen Bahn liest, glaubt immerhin an eine gelungene Privatisierung des Schienenverkehrs. Doch davon kann nicht die Rede sein. Die Hauptkonkurrenten der Deutschen Bahn sind nämlich neben regionalen, in der öffentlichen Hand befindlicher Verkehrsverbünder ausländische Staatsbahnen. So ist beispielsweise Abellio eine Tochter der niederländischen Staatsbahn. Die Keolis

VW-Gesetz gesichert

Kein Zuspruch für Klage der EU-Kommission

Die Bundesrepublik Deutschland konnte im Streit um das VW-Gesetz vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einen Teilerfolg erringen, der so aussieht, dass die Klage der EU-Kommission vor dem Aus steht. Nach Ansicht des Generalanwalts am EuGH Nils Wahl muss das geltende VW-Gesetz nicht geändert werden. Die EU-Kommission hatte gegen Deutschland geklagt, weil sie den Kapitalverkehr durch das Vetorecht des Landes Niedersachsen in Gefahr und ein Urteil des Gerichtshofs von 2007 nur unzureichend umgesetzt sieht.

Streit um Sperrminorität Niedersachsens

Der EuGH beanstandete 2007 das damalige VW-Gesetz, weil der Bund und Niedersachsen je zwei Vertreter im Aufsichtsrat von Volkswagen stellten, die Stimmrechte der Aktionäre auf 20 Prozent begrenzt waren und die Sperrminorität bei 20 Prozent statt der im Aktienrecht üblichen 25 Prozent lag. Die ersten beiden Bestimmungen wurden inzwischen abgeschafft, die Sperrminorität Niedersachsens blieb aber erhalten. Die Bundesregierung verteidigte die neue Regelung mit der

Begründung, dass der EuGH das Höchststimmrecht in Verbindung mit der Sperrminorität bemängelte, eine Sperrminorität als solche aber nicht abgelehnt hatte.

Mit dem seit 1960 geltenden VW-Gesetz sicherten der Bund und das Land Niedersachsen eine Sonderstellung bei der Volkswagen AG, um diese vor feindlicher Übernahme zu schützen. Obwohl auf Verlangen der EU-Kommission einige Sonderrechte abgeschafft wurden, besitzt das Land Niedersachsen mit seinem 20-prozentigen Anteil an VW Veto-Rechte bei wichtigen Entscheidungen.

Die Empfehlung des Generalanwalts am EuGH zur Abweisung der Klage ist nicht bindend, gewöhnlich folgt aber das Gericht dieser. Wahl erklärte, dass er die von der Kommission bemängelte Sperrminorität von 20 Prozent nur in Verbindung mit den früheren und nicht mehr geltenden Regeln als Verstoß gegen EU-Vorschriften betrachte. Die Klage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen einer unvollständigen Umsetzung des EuGH-Urteils von 2007 sei deshalb zurückzuweisen. U. Blode

Anzeichen für einen Aufschwung

US-Wirtschaft erholt sich – Immobilienmarkt verzeichnet steigende Nachfrage

Die US-amerikanische Wirtschaft ist auf dem besten Weg, sich von der langen Rezession zu erholen. Die noch 2008 hochgefährdeten US-Banken haben für die ersten drei Monate dieses Jahres soeben einen Rekordgewinn von 40,3 Milliarden Dollar vermeldet. Ein Hauptgrund waren spürbar weniger Ausfälle bei Krediten, was zur Folge hatte, dass auch weit weniger Geld als Reserve zurückgelegt werden musste. Zuletzt war die Zahl der faulen Kredite 2007, also kurz vor der Immobilienkrise, so niedrig. Auch steigen die Sparguthaben seit langem wieder. „Der Bericht zeigt einen weiteren Fortschritt in der Erholung der Bankenindustrie, die seit drei Jahren ständig ansteigt“, sagt Martin J. Gruenberg, Präsident der Federal Deposit Insurance Corp., die die Lage der Banken analysiert. Obwohl er gleichzeitig zur Vorsicht gemahnte angesichts der von der Federal Reserve Bank (Fed) vorgegebenen niedrigen Zinsen, die die Zinsmarge der Banken und somit ihre klassischen Erträge reduzieren. Diese Situation dürfte jedoch an einem Wendepunkt angekommen sein. Die langfristigen Zinsen stiegen vor kurzer Zeit leicht an, was sofort für Unruhe auf

den Aktienmärkten der Wallstreet geführt hat. Man fürchtet dort, dass die Fed auch ihren Kauf von US-Staatsanleihen, den sie wie die niedrigen Zinsen zur Ankurbelung der Wirtschaft vollzogen hat, langsam reduziert. Doch sofort beruhigte die Fed die Märkte und betonte, den kurzfristigen Leitzins auf Allzeittief zu belassen und erst bei einer Arbeitslosigkeit unter 6,5 Prozent diese Position zu überdenken.

Doch die Wirtschaft hat viele Gesichter. Der Immobilienmarkt, der mit Ursache der Rezession war, verzeichnet inzwischen wieder eine steigende Nachfrage und macht sich so zur Hauptstütze der finanziellen Genesung in den USA. Das begann im letzten Jahr, als die Zahl der Zwangsversteigerungen zurückging und Käufer im ganzen Land die niedrigen Hypothekenzinsen eifrig für Häuser- und Grundstückskäufe nutzten. Dies wiederum erhöhte die zuvor so stark gefallen Preise auf dem Häusermarkt und machte oft vergangene Verluste wieder wett. An der Spitze hinsichtlich des Preis-

anstieges liegen dabei nach einer Untersuchung des S&P Dow Jones Index die westlichen Städte der USA unter Führung von Phoenix (22,5 Prozent Preisanstieg), San Francisco (22,2 Prozent) und Las Vegas (20,6 Prozent), während an der Ostküste Miami nur 10,7 Prozent verzeichnet und New York 2,6 Prozent. Die Erwartung wieder ansteigender Zinsen facht die Entwicklung jetzt noch weiter an, da sich alle Interessenten die günstigsten Zinsen sichern wollen. Die Gesundung des Immobilien-

Steuereinnahmen vieler Städte steigen wieder

marktes hat nicht nur die Wallstreet in Schwung versetzt, sondern auch das Vertrauen der Verbraucher. Nach dem Index der privaten Organisation „Conference Board“ stieg das optimistische Vertrauen der Konsumenten in die Wirtschaft im Mai auf 76,6 Prozent. Der höchste Anstieg seit fünf Jahren. Und die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 7,9 Prozent.

Auch auf lokaler Basis ist ein deutlicher Aufschwung zu bemerken. Nachdem in Kalifornien Gouverneur Jerry Brown das Haushaltsdefizit des Staates durch strik-

KURZ NOTIERT

Kettenreaktion: Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat die Abläufe der europäischen Bankenkrise untersucht. Dabei kamen die Wissenschaftler zu dem Erkenntnis, dass vor allem deutsche, französische, schweizerische und britische Banken sehr auf dem US-Häusermarkt investiert waren. Als dieser 2007 zusammenbrach, machten die Institute hohe Verluste und forderten aus Liquiditätsmangel die an andere europäische Banken verliehenen Gelder zurück. Dies traf vor allem Banken in Südeuropa, die bei den Nordeuropäern in der Schuld standen, worauf diese in Geldnöte gerieten und von ihren Staaten gerettet werden mussten und an ihre heimische Wirtschaft verliehene Kredite zurückforderten. Das belastete wiederum die Wirtschaft schwer, hatte Entlassungen zur Folge und senkte die Steuerzahlungen an den Staat. Bel

Strom statt Staatsanleihen: Der Versicherungskonzern Allianz ist aufgrund der niedrigen Zinsen bei Staatsanleihen und anderen Wertpapieren auf der Suche nach neuen, sicheren Anlagemöglichkeiten in Schweden fündig geworden. Dort finanziert das Unternehmen nun einen Windpark, der das Rechenzentrum von Google in Finnland mit Strom versorgen soll. Da Google eine hohe Stromabnahme zusichert, kann die Allianz mit guten Einnahmen aus dem Windpark rechnen (s. Dirk Müller S. 22). Bel

Schwarzarbeit nimmt zu: Die neue Studie „Die Schattenwirtschaft“ der britischen Denkfabrik Institute of Economic Affairs (IEA) geht von 30 Millionen Schwarzarbeitern in der EU aus. Das Papier enthält Belege für die These, dass dafür „strafende Steuerregime“ verantwortlich seien. Gerade nordische Staaten mit hoher Abgabenlast weisen demnach eine hohe Quote von rund 14 Prozent auf. In Italien, Griechenland und Spanien wird laut IEA rund ein Fünftel des Volkseinkommens schwarz erwirtschaftet. Deutschland entgingen laut Berechnungen der Johannes-Kepler-Universität Linz 2012 rund 65 Milliarden Euro durch Schwarzarbeit. SV

te Sparmaßnahmen wieder relativ in Ordnung gebracht hat, verzeichnet die Gemeinde Los Angeles 50 Millionen Dollar Gewinn allein durch Grundstückssteuern aus dem florierenden Häusermarkt. Das Geld, das zunehmend in die Kassen der Städte fließt, soll vor allem genutzt werden, um die schmerzhaftesten Kürzungen wieder rückgängig zu machen und Investitionen vorzunehmen. Polizei und Feuerwehr (hier wegen der zu erwartenden Brände in der Feuer-saison im Juni) erhalten neue Wagen. Parks und Bibliotheken haben Hoffnung, wieder eröffnet zu werden. Schon beharren die Gewerkschaften wieder auf einer umstrittenen 5,5-prozentige Lohnerhöhung für Stadtangestellte ab 2014. Doch alles in allem geht es langsam, aber ständig aufwärts.

„Die neue Begeisterung von Investoren beruht nicht mehr so sehr auf Zinsgeschenken, die ständig wechseln können“, sagt Sam Stovall, Chef-Strategie für S&P Capital IQ. „Sie sehen vielmehr das organische Wachstum der Wirtschaft.“ Und das tun auch immer mehr Bürger, die aus dem Alptraum der Rezession erwachen wollen und wieder Hoffnung schöpfen. Liselotte Millauer

Blut statt Sex

Von Manuel Ruoff

Günter Krings Anregung nach dem jüngsten Verfassungsgerichtsurteil zu erwägen, auch Wohngemeinschaften in den Genuss des Steuerplittings kommen zu lassen, ist logisch und konsequent, recht und billig. Als noch ausschließlich die Ehe gefördert wurde, weil sie die Keimzelle ist, aus der eine Familie entsteht, wäre Krings Forderung ungerechtfertigt gewesen. Wenn denn nun aber auch sogenannte Homo-Ehen gefördert werden mit der Begründung, dass auch ihre Mitglieder gemeinsam wirtschaften und füreinander einstünden, ist überhaupt nicht einzusehen,

warum dann nicht auch Wohngemeinschaften, die diese Kriterien erfüllen, die diese Kriterien erfüllen. Gleiches gilt für das Renten- und Steuerrecht. Denn die Frage, ob eine Beziehung sexuell ist, darf für den Staat kein Kriterium sein, ist vielmehr Privatsache. Dieses gilt umso mehr, als eine sexuelle Komponente in einer Lebensgemeinschaft schon lange kein Garant mehr für deren Bestand ist. Wenn beispielsweise zwei Frauen zusammenleben, sollten sie nicht deshalb diskriminiert werden, weil sie „nur“ Schwestern sind und keine Lesben. Blut verbindet manchmal mehr als Sex. (Siehe *Schulden-Uhr* Seite 2.)

Gegenwind

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Nichts ist so alt wie der Erfolg von gestern, heißt es. Vielleicht hätte Wladimir Putin diese Weisheit beherzigen sollen, bevor er sich zur Wiederwahl stellte. Sicherlich kann er auf zahlreiche Anhänger zählen, die von der Konsolidierung der russischen Wirtschaft nach dem Zerfall der Sowjetunion profitiert haben. Sie rechnen Wladimir Putin ihren erreichten Wohlstand als Verdienst hoch an.

Seitdem er vor einem Jahr seine dritte Amtszeit als russischer Präsident angetreten hat, weht Putin jedoch ein scharfer Wind entgegen. Vor und nach der Wahl kam es zu Massenprotesten gegen seine Wiederwahl. Von dreistem Wahlbetrug war die Rede. Die Bilder von tausenden protestierenden Menschen auf St. Petersburg und Moskauer Straßen gingen um die Welt. Zwar gelang es inzwischen, die Oppo-

sition weitgehend zurückzudrängen, nicht aber die Gedanken der Menschen. Nicht jeder ist bereit, auf die Straße zu gehen und Verhaftung oder Schikanen zu riskieren, dennoch ist über die Hälfte der Russen laut Umfragen gegen Putin.

Solange die Regierung nur gegen Soziologen oder Wirtschaftswissenschaftler vorgeht, wird die Masse sich nicht rühren. „Es wird schon was dran sein.“ Wenn den Menschen aber, vor allem in den gut vernetzten Großstädten, ihr einmal erreichter Wohlstand wieder genommen wird, könnte es für Putin eng werden, wie das Beispiel Königsberg vor vier Jahren gezeigt hat, wo die Proteste ihren Ursprung hatten, als man dort die Subventionierung der Wohnnebenkosten und des öffentlichen Transports streichen wollte.

Mietbremse? Baubremse!

Von Hans Heckel

Nun will also auch die Kanzlerin eine „Mietpreisbremse“ einführen. Nicht so wie Rot oder Grün, aber doch so ähnlich. Wer hier billiges Wahlkampfgeschwafel wittert, liegt leider vollkommen richtig. Die Sache aber deshalb einfach abzuhaken, wird der Brisanz des Gegenstands nicht gerecht.

In den Ballungsräumen ist günstiger Wohnraum knapp, was angesichts seit Jahren stagnierender oder gar rückläufiger Realeinkommen für viele Menschen schlimme Folgen hat. Der Blick in die jüngere Vergangenheit weist den letztlich einzigen Weg aus der Misere: Es muss mehr gebaut werden. Auf diese Weise wurde die Wohnraumknappheit in vielen westdeutschen Städten in den 1990er Jahren erfolgreich bewältigt.

Problem: Das Erstellen günstigen Wohnraums lohnt sich für private Investoren kaum noch, und die öffentliche Hand hat dafür kein Geld mehr. Entscheidend für den Privatinvestor sind die Erstellungskosten und Betriebskosten auf der einen und die möglichen Gewinne auf der anderen Seite.

Doch die Erstellungskosten für Wohnungsneubauten hat gerade die Politik systematisch in die Höhe getrieben. So wurden die Grunderwerbsteuern stark angehoben und – vor allem – immer neue, kostentreibende Bauauflagen im Namen eines immer zweifelhafter werdenden „Klimaschutzes“ ersonnen.

Die Investoren reagierten auf die Kostentreiber damit, dass sie sich zunehmend in den Bau höherpreisiger Wohnungen zurückzogen, weil allein diese noch Gewinne zu ermöglichen schienen. Hier nun greift die Politik ein und will die Mieten „decken“, angeblich, um die Mieter zu schützen.

In Wahrheit wird sich die „Bremse“ vor allem als Baubremse erweisen. Denn auch wenn die Deckelung nicht bei Erstvermietungen greifen soll, ihr Sinn ist es, den Mietanstieg zu mindern, also die Gewinnmargen der Vermieter und Investoren zu senken. Das macht Wohnungsbau noch unattraktiv. Und da der Mechanismus

von Angebot und Nachfrage auf längere Sicht immer die Oberhand behält, wird die dadurch erzeugte Angebotsverknappung zwangsläufig in noch höhere Mieten münden, „Bremse“ hin oder her.

Die Alternative ist denkbar simpel: Die Grunderwerbsteuern müssen wieder runter, das Baurecht muss von etlichen, zumal unter Fachleuten oftmals umstrittenen „Klimaschutz-Auflagen“ entrümpelt werden. Dann lohnt sich das Bauen günstiger Wohnungen wieder, denn die Investoren können günstig vermieten und dennoch gute Gewinne machen. Doch das will die Politik nicht, der Steuereinnahmen und der Klima-Ideologie wegen. Daher schwafelt nun sogar Kanzlerin Angela Merkel lieber von der „Mietpreisbremse“.

Die Politik ist es, die den Bau günstiger Wohnungen behindert



Kostentreiber: Bauauflagen wie Wärmedämmungen treiben die Baukosten in die Höhe. Um bei steigenden Ausgaben auch noch einen Gewinn zu erwirtschaften, müssen Vermieter die Mieten erhöhen.

Bild: pa

Der Volksaufstand im Juni 1953 in der DDR überraschte alle westlichen Politiker, Wissenschaftler und Journalisten. Nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, der von außen niedergeworfen werden musste, ging man davon aus, dass Widerstand gegen eine Diktatur von innen nicht möglich sei. Zwar war in der Sowjetunion der Diktator Stalin gestorben und es waren schon vorsichtige Veränderungen im Regime sichtbar. In der DDR Walter Ulbrichts hatte sich allerdings ein Kurs der gewaltlosen Durchsetzung des Sozialismus etabliert. Seit der 2. Parteikonferenz der SED im Sommer 1952 wurde die DDR militarisiert, die Landwirtschaft kollektiviert, die Evangelische Kirche, insbesondere ihre Junge Gemeinde, rigoros bekämpft, die Schwerindustrie forciert ausgebaut, was zu Lasten der Konsumgüterproduktion ging, und umfangreiche Enteignungen im Mittelstand, besonders im Handel, vorgenommen.

Das alles führte zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung, die verschärft wurde durch den Beschluss, über einer Millionen Menschen willkürlich die Lebensmittelkarten zu entziehen. Die Betroffenen waren gezwungen, in der sogenannten HO einzukaufen, einer staatlichen Einrichtung, in der alles viermal so teuer war wie in den Geschäften, die Lebensmittel auf Karte verkauften. Das alles führte zu erheblicher Unzufriedenheit unter der Bevölkerung.

Obwohl die innerdeutschen Grenzen bereits geschlossen waren und nur noch in Berlin der Weg in den Westen frei war, verließen zwischen dem Sommer 1952 und 1953 etwa 400 000 Menschen die DDR, vorwiegend junge, gut ausgebildete Leute. Der Vorschlag Ulbrichts, auch das Berliner Schlupfloch zu schließen, wurde damals von den Sowjets allerdings abgelehnt.



Die gescheiterte Revolution

Von VERA LENGSEFELD

Ihren Höhepunkt erreichte die Unzufriedenheit mit dem Beschluss der SED, bis zum 60. Geburtstag von Walter Ulbricht, am 30. Juni, eine zehnprozentige Normerhöhung einzuführen. Das bedeutete faktisch eine erhebliche Lohnkürzung. Vielen Betriebsleitern, die mehrheitlich der SED angehörten, bereitete das große Sorgen. Sie machten sich auf den Weg nach Berlin, um die zuständigen Minister davon zu überzeugen, dass dieser Beschluss nicht durchsetzbar war. Vergeblich.

Das Ergebnis war, dass es schon im Vorfeld der 17.-Juni-Ereignisse zu kleineren und größeren Streiks in der ganzen Republik kam. Auch in den Dörfern garte es. Die Bauern wehrten sich gegen die Kollektivierung und die Erhöhung der Abgabenernten. Viele Bauernfamilien verließen das Land, so dass es zu erheblichen Ausfällen bei der Produktion von Butter, Milch und Fleisch kam, die zur weiteren Verschärfung der Lage beitrugen. Im Frühsommer glich die

DDR einem Pulverfass. Es war nur eine Frage der Zeit, wann der Funke übersprang.

Das geschah, als die SED Anfang Juni ein Kommuniqué über einen „Neuen Kurs“ herausgab, das viele der Beschlüsse von 1952 abbildete oder rückgängig machte. Nur am „Geburtstagsgeschenk“ für Walter Ulbricht, der Normerhöhung, wurde festgehalten. Die meisten Menschen interpretierten den „Neuen Kurs“ als ein Eingeständnis der Schwäche des Regimes. Gerüchte machten die Runde, dass die DDR-Führung kurz vor dem Aufgeben sei.

Als die Berliner Bauarbeiter, ausgehend von den Baustellen am Krankenhaus Friedrichshain und der Stalinallee, am 15. Juni eine Resolution an den Ministerpräsidenten Grotewohl schickten und auf eine sofortige Herabsetzung der Normen drängten und am 16. Juni mit ihren Protestmärschen begannen, als die Antwort ausblieb, wirkte das wie eine Initialzündung.

Die Streiks und Demonstrationen breiteten sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land aus. Innerhalb eines Tages waren in über 700 Städten und Gemeinden über eine Millionen Menschen auf der Straße. Was am Morgen als eine Forderung nach Rücknahme der Normerhöhung begonnen hatte, war am Mittag schon zu einem Aufstand gegen das SED-Regime geworden. Über 250 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, darunter fünf Dienststellen der Staatssicherheit. Mehr als 20 Gefängnisse wurden belagert, zwölf davon wurden geöffnet und 1400 Häftlinge befreit. Es wurden Forderungen nach freien Wahlen, Wiedervereinigung, Absetzung der Regierung laut. An einigen Orten, wie in Görlitz und Bitterfeld, sowie in einigen Dörfern kam es zur kurzzeitigen Machtübernahme durch die Aufständischen. In Berlin zogen die Demonstranten zum Haus der Ministerien, um eine Antwort auf die Resolution der Bauarbeiter zu erzwingen. Hier versuchte unter anderem der Volkskammerabgeordnete Robert Havemann, später der prominenteste Regimekritiker der DDR,

die Demonstranten zu überzeugen, dass sie ihre Forderung nach gesamtdeutschen freien Wahlen doch an die Bundesregierung richten müssten, die auf die „Stalin-Note“, die angeblich einen Vorschlag zur deutschen Wiedervereinigung enthielt, nicht reagiert hätte. Havemann wurde ebenso ausgepöfft wie alle anderen SED-

Redner an diesem Tag. Als die Rücknahme der Normen schließlich verkündet wurde, war es zu spät. Aus der Arbeitererhebung war ein Volksaufstand geworden, dem es um die Erfüllung seiner politischen Forderungen ging.

Am 17. Juni wurden die Demonstranten in Berlin von 10 000 Henningsdorfer Stahlarbeitern verstärkt, die durch West-Berlin marschiert waren und an der Chausseestraße wieder in den Ostteil gelangten. Die Regierung flüchtete nach Karlshorst in die Dienstvilla des Hohen Kommissars der Sowjetunion. Um 13 Uhr verhängte der sowjetische Kommandant den Ausnahmezustand in Berlin und in mehr als drei Vierteln aller Land- und Stadtkreise.

Das war das Ende des Volksaufstands, auch wenn es nach dem 17. Juni noch Streiks und Demonstrationen gab. Die Sowjets hatten zur Abschreckung einige standesrechtliche Erschießungen vorgenommen. Ein unbekanntes Anzahl von Aufständischen wurde verhaftet, verurteilt und zum Teil nach Workuta deportiert, wo sie eine nicht unerhebliche Rolle beim ein-

zigen Gefangenenaufstand gespielt haben sollen, der Anfang August in Workuta stattfand.

In Westdeutschland wurde der Volksaufstand anfangs in hohen Ehren gehalten. Die Charlottenburger Straße in West-Berlin wurde in „Straße des 17. Juni“ umbenannt, der 17. Juni zum Nationalfeiertag. Allerdings geriet der Anlass im Laufe der Jahre in Vergessenheit, besonders seit die Regierung Brandt auf einen würdigen Festakt im Bundestag verzichtete. Die Regierung Kohl führte ihn zwar wieder ein, was den Bedeutungsverlust aber nicht revidierte.

In der DDR war der Aufstand zum „faschistischen Putsch“ erklärt worden. Um das zu belegen, wurde die sogenannte „SS-Kommandeure“ Erna Dorn in Halle als „Rädelführerin“ hingerichtet, obwohl die Frau nichts mit dem Aufstand zu tun hatte. Die Propaganda war so erfolgreich, dass spätere Oppositionelle sich kaum positiv auf den 17. Juni bezogen.

Der Liedermacher Wolf Biermann hat ihn auf seinem berühmten Kölner Konzert 1976 einen „halb faschistischen, halb demokratischen“ Aufstand genannt und damit die DDR-Propaganda legitimiert. Im Jahre 1986, als osteuropäische Oppositionelle eine gemeinsame Resolution über die Aufstände im Ostblock verfassten, strichen Bürgerrechtler den Bezug auf den 17. Juni heraus. Mit einem „faschistischen Putsch“ wollten sie nicht in Verbindung gebracht werden. In der friedlichen Revolution 1989 spielten Aktivisten des 17. Juni keine Rolle.

Erst vor zehn Jahren, am 50. Jahrestag, wurde der Blick frei, was der 17. Juni gewesen ist: der erste Volksaufstand gegen die kommunistische Gewaltherrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa.

Es bleibt die Aufgabe, ihn als solchen im europäischen Gedächtnis zu verankern.

Liedermacher Biermann legitimierte DDR-Propaganda



Nützliches Werkzeug

Wer eine Reise ins Königsberger Gebiet unternimmt und die ostpreußischen Städte von früher nicht kennt, kann sich kaum ein Bild davon machen, wie es hier damals aussah. Da während der Sowjetära versucht wurde, alles Deutsche auszumeren, gibt es nur noch wenige Reste des deutschen Kulturerbes – welche die heutigen Bewohner allerdings zu erhalten bemüht sind. Zur Orientierung benötigt der interessierte Besucher oder Heimatforscher Archiv- und Kartenmaterial.

Das bietet der Berliner Diplomingenieur Dirk Bloch. Er hat sich mit seinem Stadtplanerbüro auf die Erstellung von Stadtplänen spezialisiert. Auf der Grundlage alter Pläne oder Zeichnungen entstehen neue Pläne, auch individuelle Einzel Exemplare. Daneben bietet er auch Informationen über Städte und Reiseleitungen an. Sein Schwerpunkt liegt zwar auf Städten und Gebieten der ehemaligen DDR, doch gehört auch Königsberg zu den bevorzugten Orten.

Bestechend klares Kartenbild

Besonders erfreulich und ein nützliches Werkzeug für Heimat- und Familienforscher sind deshalb seine Pläne ostpreußischer Städte. „Königsberg 1931/Kaliningrad heute“ beispielsweise bietet auf der einen Seite nebeneinander einen Plan der heutigen und der Innenstadt von 1931. Bei den heute noch bestehenden Straßen werden sowohl die russischen Namen in kyrillischer und in lateinischer Umschrift als auch die deutschen aufgeführt. Die andere Stadtplanseite bietet außer aktuellen Nebenkarten von Amalienau/Rathshof/Mittelhofen und Marauenhof einen Überlagerungsplan mit einer Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges. Diverse Verzeichnisse erschließen das Kartenmaterial nach den russischen sowie auch nach den deutschen Straßennamen von 1931 und 1945. Daneben gibt es ein Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung/Bezeichnung. Die gestochenen scharfe Druckqualität und die Exaktheit des Kartenmaterials überzeugen und erleichtern das Lesen des Plans. Im Überlagerungsplan sind überdies Gebäude von Bedeutung farblich markiert, die heute nicht mehr existieren.

Weitere Stadtpläne gibt es von Tilsit (mit den Stadtteilen Stolbeck, Splitter und Stadtheide) im Maßstab 1:20 000 und Insterburg. MRK

„Stadtplan Königsberg 1931/Kaliningrad heute“, Karte 75 x 50 Zentimeter, gefalzt Maßstab 1:10 000, 2. Auflage 2012, 5,95 Euro. Bezugsquelle: Dirk Bloch, Dipl.-Ing. für Städtebau, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin. Telefon (030) 4495339. E-Mail: info@blochplan.de, www.blochplan.de

»Perfekte Strandbäder« mit Mängeln

Neu gegründetes Ministerium für Tourismus gibt grünes Licht für die Badesaison im Königsberger Gebiet

Ab dieser Saison soll das Königsberger Gebiet für Touristen attraktiver werden. Um dieses Ziel zu erreichen, nahm vor Kurzem das neu gegründete Tourismusministerium der russischen Exklave seinen Dienst auf. Nach einer Inspektionsreise durch die Kurorte der Bernsteinküste erteilte Ministerin Marina Agejewa diesen gute Noten. Das sehen jedoch nicht alle so.

Die Kurorte im Königsberger Gebiet seien in vollem Umfang auf die Badesaison vorbereitet, an den Stränden sei alles Notwendige vorhanden, ließ die Ministerin für Tourismus im Königsberger Gebiet, Marina Agejewa, nach ihrer Inspektionsreise nach Cranz, Neukuhren, Rauschen, Palmnicken und Pillau verlauten. Marina Agejewa ist im Gebiet keine Unbekannte. Offiziellen Angaben zufolge hatte sie 2012 mit umgerechnet rund 380 000 Euro das höchste Einkommen unter den Beamten der Gebietsregierung. Denn die Ministerin ist nebenbei Mitinhaberin einer Restaurant- und Hotelkette.

Ihre Darstellung der Lage in den Kurorten wurde allerdings für Palmnicken in Abrede gestellt. Dort fehlen Umkleidekabinen, Müllbehälter, eine Rettungstation sowie Informationstafeln. Inzwischen musste die zuständige Kommission von Agejewas Ministerium auch in Rauschen Beschädigungen der Promenade sowie das Fehlen von Toiletten und Duschkabinen eingestehen. Darüber hinaus ist schon seit einigen Jahren die Seilbahn zum Strand außer Betrieb. Auch der Aufzug des Militärsanatoriums, der einst die Besucher an den



Bislang nur am Strand in Cranz: Umkleidekabinen und Hinweisschilder

Bild: J.T.

Strand hinabfuhr, funktioniert nicht. Der Strand ist außerdem mit einer Schicht toter Käfer bedeckt.

Fehlende Toilettenanlagen an den Stränden stellen ein weiteres Problem dar, was die Kommission des Ministeriums auf die Idee brachte, die kostenlose Toilettenbenutzung privater Schankwirtschaften für Strandbesucher in Betracht zu ziehen.

In Rauschen kommt es immer wieder zu Abbrüchen der Steilhänge, von Zeit zu Zeit stürzen Erdmassen direkt auf den Strand. Die Leitung der Firma „Baltbergosaschtschita“ (Küstenschutz)

erklärte, dies sei ein natürlicher Prozess, der unter Einfluss des Grundwassers geschehe und gegen den man bei der gegenwärtigen Finanzierung des Küstenschutzes nichts machen könne.

Kritik aus den Kurorten

So stellt sich die Situation in den Städten dar, die laut dem Ministerium „Bestnoten“ erhalten haben. In Cranz dauern die Arbeiten an der Promenade weiter an. Ständig müssen die Gehwegplat-

ten neu verlegt werden, die immer wieder verrutschen. In Neukuhren wurden nur zwei Biotoiletten für den gesamten Strandabschnitt aufgestellt. Viele Touristen verrichten ihre Notdurft daher direkt an den Mauern der Staatsresidenz.

Nun hat sich Gouverneur Nikolaj Zukanow eingeschaltet. Er könnte ein Programm zur Einrichtung öffentlicher Toiletten forcieren. Da die Städte aber die Kosten dafür aus ihrem Haushalt bestreiten müssen, werden sie zusätzliche Mittel aus dem Gebietshaushalt benötigen.

In den vergangenen Jahren hat sich im Königsberger Gebiet

in den Augen der Gäste in Bezug auf die touristische Attraktivität schon viel zum Besseren verändert. Es gab ungewöhnliche Projekte, schöpferische und Maßstäbe setzende Ideen. Doch wie das Leben zeigt, wurden dabei oft die einfachsten und notwendigsten Dinge übersehen, die eine Erholung an der See zum unbeschwertesten Vergnügen machen: An der Ostseeküste des Königsberger Gebiets fehlt es an Umkleidekabinen, Toiletten, Bademeister- und Rettungstationen sowie zuweilen auch an der Sauberkeit am Strand. Jurij Tschernyschew

Im Schatten der EU-Außengrenze

Gerdaus Schicksal ist exemplarisch für das russische Grenzgebiet zur Republik Polen

Während Königsberg boomt, bleiben große Teile der russischen Exklave rückständig. Während sich die Pregelmetropole auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 vorbereitet und ein neues Stadion baut, das an einen leuchtenden Bernstein erinnern soll, während an der Ostseeküste neue Hotels aus Beton und Glas errichtet werden und während modernste Autobahnen Ostpreußens Hauptstadt mit Rauschen und Cranz verbinden – bleibt gerade das Grenzgebiet zur Republik Polen verhaftet in trauriger Nachkriegszeit. Bis dorthin dringen die Millionen, die die nahende Fußball-WM in das Gebiet spült, nicht vor.

Der Ort Gerdaun könnte schön sein. Die ostpreußische Kleinstadt liegt malerisch in hügeliger Landschaft, sie besitzt eine kleinteilige Altstadt, eine aus dem frühen 15. Jahrhundert stammende Backsteinkirche und einen großen Marktplatz. Überhaupt besitzt Gerdaun sehenswerte Architektur: das stolze neoklassizistisch-biedermeierliche Landratsamt von 1905, die um 1920 neu erschaffene Altstadt, die Was-

serturm-Zwillingstürme der Bahn und zahlreiche weitere sehenswerte Bauten aus der Vorkriegszeit.

Doch Gerdaun ist nicht schön. Ganze Straßenzüge am Markt sind verschwunden, in sowjetischer Zeit abgerissen worden. Fachwerkhäuser, ungewöhnlich in der Russischen Föderation, sind zu Ruinen verkommen. Nahezu alle Häuser der Altstadt verfallen, manche sind einsturzgefährdet. Notdürftige Sicherungsmaßnahmen an den Dächern und eine Reihe bunt gestrichener Autoreifen als innerstädtischer Platzbegrenzung unterstreichen einen vollkommen desolaten Eindruck. Auf dem Marktplatz verkauft ein fliegender Händler Schuhe auf der Motorhaube einer so-

wjetischen Wolga-Limousine. Daneben wird Kleidung in Bananenkisten angeboten. An zwei heruntergekommenen Häusern aus der Vorkriegszeit hängt ein Plakat

Spaziergang von Polen entfernt. Diese Grenze – zwei parallele Metallzäune, die unter Strom stehen – ist das Problem. Russen, die nicht aus dem Königsberger Gebiet stammen und Nicht-Russen müssen sich bei der Polizei anmelden, wenn sie Gerdaun besuchen wollen. Eine spontane Reise in die Stadt ist nicht möglich. Entsprechend lohnt es sich nicht, in Tourismus zu investieren. Die EU-Außengrenze behindert die Entwicklung der Grenzregion, sie blockiert in ihrer jetzigen, undurchlässigen Form das Zusammenwachsen des zusammengehörenden Landes. Für die Grenzstadt Gerdaun bedeutet das eine dramatische Ungerechtigkeit: Nur ein paar hundert Meter



Zwischen den Ruinen: Werbung für ein Kosmetikstudio Bild: Archiv

mit einer attraktiven Frau: Werbung für ein Kosmetikstudio zwischen den Ruinen.

Gerdaun liegt unmittelbar an der EU-Außengrenze, nur einen

Form das Zusammenwachsen des zusammengehörenden Landes. Für die Grenzstadt Gerdaun bedeutet das eine dramatische Ungerechtigkeit: Nur ein paar hundert Meter

haben über das Schicksal entschieden, haben diktiert, dass Gerdaun gefangen bleibt in der Vergangenheit.

Doch auch wenn alles grau in grau scheint – hoffnungsvolle Ansätze findet man selbst in Gerdaun. Die Schule zeigt sich unerwartet nicht als Ruine. Sie ist frisch saniert und wurde in den Klassenräumen mit nagelneuen Beamern ausgestattet. Auch den Kindern sieht man keine Armut an. Sie sind sogar besser gekleidet als deutsche Schulkinder – und sie scheinen die Schule noch als eine Chance für ein besseres Leben zu begreifen.

Die Russische Föderation ist auf dem Weg in das 21. Jahrhundert – ja, selbst in Gerdaun. Die Kinder, die hier aufwachsen, bekommen vielleicht einmal die Möglichkeit, Karriere zu machen. In Moskau oder St. Petersburg oder im Westen. Aber ob es für den Ort, für die phantasievollen Bauten des Architekten Heinz Stoffregen und für die mit deutscher Hilfe notdürftig gesicherte Backsteinkirche noch Hoffnung gibt, steht weiter in den Sternen. Trotz Fußball-WM in Königsberg. Nils Aschenbeck

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart...

Buchen - Dienstag, 25. Juni, 15 Uhr, Amtsstübe in Mosbach: Filmvorführung...

Esslingen - Donnerstag, 20. Juni, ab 14.30 Uhr, Waldheim, Ess-Zollberg: Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V. lädt zum gemeinsamen Kaffeetrinken...

Ulm/Neu-Ulm - Sonnabend, 15. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatstreffen der Gruppe.

BAYERN
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425...

Altmühlfranken - Sonnabend, 22. Juni: Tagesausflug nach Bad Mergentheim, Sitz des Deutschen Ordens.

Ansbach - Sonnabend, 22. Juni: Ausflug nach Bad Mergentheim, Sitz des Deutschen Ordens...

Bamberg - Mittwoch, 19. Juni, 15 Uhr, Café Graupner, Lange

Straße (Nebenzimmer): „So zärtlich war Suleiken.“ Hörbuch von Sigfried Lenz.

Ingolstadt - Sonntag, 16. Juni, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonselch, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

München - Sonnabend, 15. Juni, 13 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Bunter Nachmittag mit gemeinsamem Singen...

BERLIN
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345...

Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg - Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardedschützensweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest...

Bartenstein - Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße

Be 1-3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

Mohrungen - Donnerstag, 4. Juli, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe.

Rastenborg - Sonntag, 14. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

BREMEN
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen - Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Flughafenhotel Atlantic, Flughafenleiste 26: „250 Jahre Einladungsmanifest der Zarin Katharina der Großen 1763“...

schung durch Glaziologen an beiden Polen, 1. Arktisexpedition 1868 mit „Grönland“ von Bremerhaven aus, 2. Expedition 1869 mit „Germania“ und „Hansa“...

HAMBURG
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg. Tel.: (040) 444993. Mobiltelefon (0170) 3102815...

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg - Sonntag, 23. Juni, 11 Uhr, St. Johannes-Kirche, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S 3 und S 31 bis zur Station Harburg-Rathaus)...

Hamburg-Wilhelmsburg - Montag, 24. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimattreffen.

KREISGRUPPE

Heiligenbeil - Sonnabend, 15. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Sommerfest...

Insterburg - Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm...



Sensburg - Sonnabend, 13. Juni, 14 Uhr, Café Prinzeß, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohsdorfer): Gemütliches Beisammensein...



Darmstadt-Dieburg - Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus: Treffen vor der Sommerpause.

Hanau - Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Sandelmühle, Philipp-Schleibner-Weg 2a: Frühlingfest - Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen...



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirttenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg - Sonnabend, 5. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Jahnsport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße Kulturpark: 18. Landestreffen der Ostpreußen M-V in Neubrandenburg - Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich...

tenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0431) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte...

Landesgruppe - Erstmals wird die Landesgruppe gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebernde aus Anlass des Heimatkreistreffens dieser Kreisgemeinschaften ein kleines Ostpreußentreffen am Sonnabend, 13. Juni, in Winsen/Luhe durchführen...

Braunschweig - Mittwoch, 26. Juni, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant, Jasperallee 42 (Eingang Seniorenclub Stadtpark): Treffen der Gruppe. Geplant ist eine Filmvorführung über das alte Ostpreußen...

Anzeigen

FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG, KOMPETENZ UND QUALITÄT. Machen Sie Ihre Erinnerungen zu einem wertvollen Zeitzeugnis!

Masuren - Königsberg - Danzig Kurische Nehrung. Königsberg, Eydtkan, Memel & Masuren, 13.-21.8.13 SCHEER-REISEN.de

Schreiben Sie? Wir veröffentlichen Ihr Manuskript! edition fischer. Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekanntem Autoren...

Wirken Sie mit an der Stiftung. First Fuggler Privatbank. »Zukunft für Ostpreußen!«

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

ni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband - Sonntag, 16. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: **Vertreterversammlung** der Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, 2. Totenehrung durch Jochen Gaweins, 3. Grußworte, 4. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, 5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 24. Juni 2012, 6. Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner, zugleich in der Funktion des Kulturreferenten, 7. Vortrag: Rezension des Buches „Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen“ von Jan Joseph Lipski, 8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 - Schatzmeisterin Margarete Beyer, 9. Entgegennahme des Kasensprüfungsberichtes/Regina Gronau, 10. Aussprache zu den Berichten, 11. Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin, 12. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013, 13. Musikalische Darbietungen durch „Cantabile Tilsit“, 14. Mittagspause, 15. Berichte einzelner Landmannschaftsgruppen über ihre Arbeit und Aktivitäten, 16. Kaffeepause, 17. Anträge und Verschiedenes, 18. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Bad Schwartau - Wegen der Sommerpause im Juli beginnt das zweite Halbjahr 2013 bei den Ostpreußen erst wieder mit der traditionellen Herbstfahrt am 8. August. Abfahrt 9 Uhr vom ZOB Bad Schwartau nach Glückstadt. Um 12 Uhr Besichtigung der Produktion der „Glückstädter Matjes“ und natürlich auch mit Probieren und Einkaufsmöglichkeit zu günstigen Preisen. Gegen 13.15 Uhr sind alle zu einem großen „Matjesbuffet“ im Restaurant „Kandelaber“ eingeladen. Und wer keine Matjes mag, kann alternativ ein Rahmschnitt mit Champignons und Bratkartoffeln haben. Die

Rückfahrt geht über Bad Malente zum Ferienhof „Radlandsichten“, wo man die Teilnehmer gegen 16 Uhr mit Obsttorte und Sahne, einem trockenen Stück Kuchen und Kaffee/Tea satt erwartet. Mit 40 Euro inklusive allem sind Sie dabei - Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Die Fahrt kann ab sofort gebucht werden.

Fleensburg - Sonntag, 23. Juni, 10 bis 12 Uhr, Treffpunkt Bundeskapelle, Alter Friedhof: „200 Jahre Alter Friedhof zu Fleensburg“, Historische Führung mit Hans-Friedrich Kroll und Thomas Messerschmidt. Keine Anmeldung, hier handelt es sich um eine selbstständige Teilnahme.

Pinneberg - Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, VII-Heim, Fahlskamp 53: Festlich-fröhlicher Sommeranfang. Anmeldungen bei R. Schmidt unter Telefon (04101) 62667 oder bei B. Kieselbach, Telefon (0401) 73473.



Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Meiningen - Freitag, 21. Juni, 14 Uhr, Wolkenlos: Heimatnachmittag, Sommerfest.

Schmalkalden - Donnerstag, 4. Juli, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der LO-Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

Erweitertes Medienangebot der LO:

Im Laufe von über sechs Jahrzehnten hat sich ein großer Fundus an Materialien zur Geschichte Ostpreußens und der Landmannschaft Ostpreußen (LO) angesammelt. Seit Längerem bemühen wir uns, diese Dokumente Interessierten über das Internet zugänglich zu machen. Bei der Auswertung der alten Bild- und Tonbandaufnahmen sind wir aktuell auf einen besonderen Fund gestoßen: Aufnahmen in ostpreußischem Platt. Viel Spaß beim Stöbern wünscht Ihre Landmannschaft Ostpreußen, www.ostpreussen.de/lo/mediathek

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Gerhard Fabritz wird 80

Gerhard Fabritz vollendet am 20. Juni 2013 sein 80. Lebensjahr. Geboren 1933 in Paulswalde im Kreis Angerburg, war er Schüler von Gustav Baranowski und besuchte danach die Mittelschule in Drengfurth sowie die Oberschule in Rotenburg [Fulda]. Nach einer Handwerkslehre im väterlichen Betrieb war er dort 16 Jahre tätig. Im Zuge einer beruflichen Neuorientierung machte Gerhard Fabritz sich dann als Versicherungskaufmann selbstständig. Ehrenamtlich engagierte er sich als Vorsitzender im Stadtjugendring und als Fraktionssprecher sowie als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher im Stadtparlament, zuletzt als ehrenamtlicher Stadtrat. Für sein großes Engagement wurde Gerhard Fabritz mit der goldenen Verdienstmedaille der Stadt Bebra ausgezeichnet. Auch in der Kreisgemeinschaft Angerburg engagierte sich der Jubilar schon frühzeitig und gehörte von 1965 bis 2003 ununterbrochen dem Kreistag unserer Kreisgemeinschaft an. Im Vorstand der Kreisgemeinschaft wirkte Gerhard Fabritz von 1991 bis 1999, wo er sich am 11. September 1999 nicht mehr zur Wiederwahl stellte. In den Gremien der Kreisgemeinschaft hat der Jubilar sich mit hohem Sachverstand und unternehmerischem Denken eingebracht. Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert Gerhard Fabritz zu seinem Ehrenamt und wünscht ihm alles erdenklich Gute

Alle Seiten „Heimatarbeit“ auch im Internet

te und dass die Beschwerden des Alters erträglich bleiben mögen.



Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoyer Straße 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Reise in den Kreis Labiau

6. Reisetag, Rundfahrt in Königsberg mit Besuch des Doms/Orgelkonzert: Der Organist war derselbe, der auch das Konzert im Erfurter Dom gegeben hat. Die sehr lauten Passagen seines



Rettete 20 000 Ostpreußen das Leben: russisches Forschungsschiff Witjas, ehemals deutsches Rettungsschiff „Mars“ Bild: Stramm

seums - leider. Ich schaute mir das sehr informative Museum mit interessant gestalteten Bilddokumentationen mit großem Interesse an, auf besondere Empfehlung von Hans-Jörg Froese von den Memelländern. Eine Kurenkahnfahrt auf dem Haff mussten wir zugunsten einer Motorschiffahrt ändern, der Kurenkahn wird derzeit noch instand gesetzt, wie uns

Der Tag endete für uns in Rossitten am Kurischen Haff. Die weitläufige Hotelanlage, entstan-

mitgeteilt wurde. Na ja, es war auch noch sehr früh im Jahr und außer uns befand sich keine Reisegruppe in Nidden. Der Kurverwaltung von Nidden ist anzuraten, auch für die älteren Besucher, wie auch immer, ihren Ort zu öffnen.

Die Reise schloss ab mit einem Besuch in Danzig, durch die Übernachtung konnte man die Stadt am Abend auch ohne die üblichen Touristenströme genießen. Ich besuchte auch Zoppot, das mittlerweile wieder auf dem Weg zu einem exklusiven Badeort ist, wie bereits früher zu deutscher Zeit. Danzig erklärt sich selbst und ist immer eine Reise wert. Den Abschluss bildete die Übernachtung im Ritterschloss Podewils in Krangen. Das Schlosshotel, die traumhafte Lage am See, das überaus freundliche Personal und letztendlich die historisch interessante Gutskapelle ließen den letzten Abend unserer Reise zu einem besonderen Abschluss werden. Brigitte Stramm, Kreisvertreterin



Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bärenfang und Baumkuchen

Echten Lötzeener Baumkuchen (produziert von der Firma Mack in Lötzen [Gizycko], frisch aus Masuren importiert vom Vereinsvorsitzenden Dieter Eichler) wird es zu kosten geben zur offiziellen Eröffnung des neuen Standortes von Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen. Die Einweihung findet statt am Sonnabend, den 22. Juni, um 15 Uhr. Geöffnet ist der große Ausstellungsraum in der Sudetenlandstraße 18 H für interessierte Besucher bereits ab 10 Uhr. Doch erst am Nachmittag - in Anwesenheit von Neumünsters Oberbürgermeister Dr. Olaf Taurus - wird Gelegenheit sein, mit Bärenfang (ostpreußischer Honigschnaps) oder Krupnik (polni-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 19

Deutschlandtreffen

der Ostpreußen

Ostpreußen hat Zukunft.

17. - 18. Mai 2014, Messe Kassel

Großkundgebung am Sonntag,
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle

Landmannschaft Ostpreußen · Buchtstr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 04 08-0
www.ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 18

schon Honiglikör) auf die Zukunft dieser wichtigen Einrichtung der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster anzusetzen. Um 16.15 Uhr heißt es dann „Geschichten aus der Geschichte“...

daten ankreuzen. Der Stimmzettel muss spätestens am 30. Juni 2013 bei dem Wahlleiter Armin Bellmann, Gartenstraße 7, 56584 Thalhausen, eingegangen sein.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Delln 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“...



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Ragnit/Fax (04342) 5335...



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Str. 6, 50374 Erfstadt-Priesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreistagswahl

Unser diesjähriger Hagen-Lycker Brief (HLB) wurde in der letzten Mai-Woche ausgeliefert. Dem HLB lag ein Stimmzettel für die Wahl des Kreistages bei.

8. Kirchspieltreffen Ribben

Vom 26. bis 28. April fand in Seevetal-Maschen das achte Treffen des Kirchspiels Ribben statt. Im Naturfreundes-Ferienheim „Johannes-Simonie-Haus“ konnten 25 Gäste aus den Dörfern Ribben, Koslau, Rosoggen und Ganthen begrüßt werden...

60 Jahre Patenschaft

Vor 60 Jahren übernahm der Kreis Plön eine Patenschaft zum ostpreussischen Landkreis Tilsit-Ragnit. Diese Patenschaften verteilen sich auf folgende Städte und Gemeinden: Plön mit Schillen; Preetz mit Ragnit; Schönberg mit Trappen; Lütjenburg mit Breitenstein; Heikendorf mit Großlenkau und außerhalb des heutigen Kreisgebietes Flintbek mit Altenkirch.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Das diesjährige Schultreffen der Schulgemeinschaft „Herzog-Albrecht-Schule Tilsit“ findet vom Montag, 24. bis Donnerstag, 27. Juni, in Potsdam statt. Wir wohnen im schönen Altstadt Hotel, mitten im Zentrum von Potsdam, trotzdem ruhig gelegen.

tel. Wir erleben die barocke Altstadt, das Holländische Viertel, die Glienicke Brücke, Cecilienhof mit Ausstieg, die russische Kolonie, das Schloss Sanssouci mit Ausstieg, Orangerie, das Neue Palais mit Ausstieg, Dauer zirka drei bis vier Stunden. Wir werden eine Überraschung erleben. Am Nachmittag besuchen wir Schloss Sanssouci von innen.

Sommerfreizeit für Senioren in Bad Pyrmont

Vom 1. bis 15. Juli bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage. Die Angebote beinhalten morgendliches Singen, Seniorengymnastik, Diastudien, Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreussischer Dichter und Schriftsteller.

Die 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Word search grid with clues in German. Clues include: 'griechischer Buchstabe', 'Wasser- und Vogel-Rallye', 'Fauerkröte', 'ausgewachsen, ausgewirbt', 'Fluss zur Rhone', 'Beschneidung', 'Stadt in Süditalien', 'Vorgesetzter', 'Ausflug zu Pferde', 'Staat in Nahost', 'Senke im Gelände', 'Hochland in Zentralasien', 'Ausflug zur Verwunderung'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells. Clues: 'Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!'.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel grid with clues: '1. Tafel, 2. Crabben', '3. Krippe, 4. Dattel, 5. Butten, 6. nadeln', 'Tromm, Neptun', 'Kreiskette: 1. Reseda, 2. Spende, 3. Nektar, 4. Batale, 5. Kleber - respektabel'.

Diagonalrätsel grid with clues: 'spanische Anrede: Herr', 'Dasein, Existenz', 'gemuselter Randresatz', 'Stadt in Mittelitalien', 'Viger, Giftschlange', 'Lobrede', 'jedoch, hingegen', 'dänische Stadt auf Fünen', 'internationales Not-Signal', 'ohne Milde, hart', 'Eingeweite (engl.)', 'eine der Kanarischen Inseln', 'Soße zum Eintrinken', 'Gast', 'Hohlmahl', 'Vorsilbe: gegen (griech.)', 'festliches Essen (franz.)', 'Behälter mit Deckel', 'Korankapitel', 'französisches Kugelspiel', 'weißes Baustoff, Dämmmittel', 'ohne Inhalt', 'allrömische Monats-tage', 'metallhaltiges Mineral', 'kandische Stadt in Manitoba', 'Kz. Zeichen Ludwigsburg', 'ugs. amerikanischer Soldat', 'Zeitalter', 'europäischer Strom', 'persönliches Fürwort', 'einen Streit schlichteten', 'Kartenspiel', 'Wartzeit, Sperrfrist'.

Diagonalrätsel

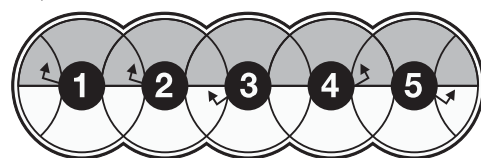
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eintragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Meerestöchter. 1 Wirbelsturm in Ostasien, 2 Erdrinne, 3 großer Felsblock im Meer, 4 Palmenfrucht, 5 Ansteckplakette, 6 kahl werden (Tannen)

Kreiskette grid with clues: 'So ist's richtig:', 'kandische Stadt in Manitoba', 'einen Streit schlichteten', 'Kartenspiel', 'Hohlmahl', 'Vorsilbe: gegen (griech.)', 'festliches Essen (franz.)', 'Behälter mit Deckel', 'Korankapitel', 'französisches Kugelspiel', 'weißes Baustoff, Dämmmittel', 'ohne Inhalt', 'allrömische Monats-tage', 'metallhaltiges Mineral', 'kandische Stadt in Manitoba', 'Kz. Zeichen Ludwigsburg', 'ugs. amerikanischer Soldat', 'Zeitalter', 'europäischer Strom', 'persönliches Fürwort', 'einen Streit schlichteten', 'Kartenspiel', 'Wartzeit, Sperrfrist'.

Kreiskette grid with clues: 'So ist's richtig:', 'kandische Stadt in Manitoba', 'einen Streit schlichteten', 'Kartenspiel', 'Hohlmahl', 'Vorsilbe: gegen (griech.)', 'festliches Essen (franz.)', 'Behälter mit Deckel', 'Korankapitel', 'französisches Kugelspiel', 'weißes Baustoff, Dämmmittel', 'ohne Inhalt', 'allrömische Monats-tage', 'metallhaltiges Mineral', 'kandische Stadt in Manitoba', 'Kz. Zeichen Ludwigsburg', 'ugs. amerikanischer Soldat', 'Zeitalter', 'europäischer Strom', 'persönliches Fürwort', 'einen Streit schlichteten', 'Kartenspiel', 'Wartzeit, Sperrfrist'.

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die eif Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für ansehnlich, angesehen.



»Das Vaterland ist frey«

Oberschlesisches Landesmuseum zeigt Kunstgegenstände zu Befreiungskriegen

Vor 200 Jahren haben die antinapoleonischen Befreiungskriege stattgefunden. Das OSLM in Ratingen widmet dem historischen Ereignis eine thematische Sonderschau.

Die Malerei „Begegnung der Monarchen auf der Memel bei Tilsit, 1807“ und die „Ratifikationsurkunde des Tilsiter Friedens von 1807“ sind nur zwei der herausragenden Exponate, mit denen das Oberschlesische Landesmuseum (OSLM) von Ratingen-Hösel in seiner neuen Ausstellung die napoleonische Ära beleuchtet. Die große Sonderschau „Das Vaterland ist frey – 200 Jahre Befreiungskriege“ bildet übrigens im OSLM den thematischen Schwerpunkt des Jahres 2013.

Bei einem Rundgang durch die Ausstellungsräume können die Besucher anhand von insgesamt 500 Exponaten – darunter zahlreiche Leihgaben – die wesentlichen Etappen der Befreiungskriege kennenlernen. Mit historischen Meilensteinen wird die Zeit von der Rheinbundakte über den Tilsiter Frieden bis hin zum Wiener Kongress von 1815, der Preußen im Westen auch die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen bescherte, abgedeckt.

Preußische Kultur ist als geschichtliches Erbe präsent

Bedeutende historische Persönlichkeiten wie Napoleon, König Friedrich Wilhelm III. und seine Gemahlin Luise, Gebhard Leberecht von Blücher – der den Beinamen „Marschall Vorwärts“ erhielt – sowie Scharnhorst, Gneisenau oder Yorck werden im Rahmen der Schau vorgestellt.

Schirmherr dieser bedeutenden Ausstellung ist Staatsminister Bernd Neumann, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Bekanntlich veränderten die Französische Revolution von 1789 und die darauf folgenden Eroberungen Napoleons die politische Landkarte Europas. Die neu geschaffenen deutschen Staaten modernisierten ihre Verwaltungen

und Rechtsordnungen. Unter napoleonischer Vorherrschaft entstand auch ein neues Verständnis von Nation und Vaterland, das den engen Begriff der Heimatregion überschritt. Österreichs und

übernahme das OSLM eine wichtige Katalysatorfunktion im Sinne des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Stephan Kaiser, Direktor des OSLM und Ausstellungskurator,

steht für die unterschiedliche Haltung des deutschen Hochadels. Sein Vater wurde von Napoleons Gnaden erster württembergischer König. Doch der Sohn wechselte heimlich die Seiten. Er

trat 1806 beim Herzog von Braunschweig in preußische Militärdienste und kämpfte dann auf russischer Seite gegen Napoleon. Ebenso steht ein Kulmer Kreuz von 1815 für solchen Einsatz. Der Ordensträger, Leopold von Sachsen-Coburg-Saalfeld, wurde 1831 erster belgischer König.

In der Schau sind auch viele Exponate zu sehen, die erstmalig nach 100 Jahren wieder in der Zusammenstellung gezeigt werden, in der sie in der Ausstellung anlässlich der Jahrhundertfeier der Freiheitskriege in Breslau präsentiert wurden. So etwa hat die Universitätsbibliothek Breslau für die Dokumentation zeitgenössische Druckschriften von 1810 bis 1816 zur Verfügung gestellt.

„Ob Blücher-, Gneisenau- oder Yorckstraße – all diese Straßennamen erinnern an die bewegte Zeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts“, betonte Museumsdirektor Stephan Kaiser bei der feierlichen Eröffnung der Sonderausstellung „Das Vaterland ist frey“. Dass heißt, dass die Kriege gegen Napoleon vor nunmehr 200 Jahren heute noch immer eine Bedeutung haben. In vielen Städten gibt es Straßen, Plätze oder Schulen, die nach den herausragenden Persönlichkeiten oder Ereignissen der Befreiungskriege benannt wurden. Fotofreunde können ihrer Kreativität freien Lauf lassen und ihre Straße bestmöglich in Szene setzen. Während der Museumsnacht am 27. September wird der Gewinner des Foto-Wettbewerbs bekannt gegeben.

Die Ausstellung ist in Ratingen-Hösel bis zum 27. Oktober zu besichtigen.

Dieter Göllner



Blick in die Ausstellung: Beispiele aus insgesamt 500 Exponaten

Bild: D.G.

Preußens Niederlagen veränderten ab 1805 das politische Gleichgewicht zugunsten Frankreichs. Mit Napoleons Debakel im Russlandsfeldzug 1812 gewann die Gegenbewegung an Gewicht. In den Jahren 1813 bis 1815 erhoben sich dann die Bayern, Preußen, Sachsen, Württemberger und Österreicher. Gemeinsam kämpften sie für die Unabhängigkeit ihrer Länder. Das Ringen um Freiheit wies den Weg zu modernen Nationalstaaten und deren Nationalbewusstsein.

Bei der Vernissage betonte Ministerialrat Thomas Lindner vom BKM, dass die preußischen Reformen von 1813 für Deutschland prägend gewesen seien und dass auch die Farben des Landes Schwarz, Rot, Gold dort ihren Ursprung gehabt hätten. Diese und viele weitere nationale Bezüge des Ausstellungsthemas seien ausschlaggebend gewesen, dass Kulturstaatsminister Neumann gerne die Schirmherrschaft über diese Sonderschau des OSLM übernommen habe. Auch wenn es Preußen in der damaligen Form nicht mehr gibt, ist die preußische Kultur als geschichtliches Erbe präsent. Dieses Kulturerbe in den osteuropäischen Ländern schlage eine Brücke nationaler Identität. Bei diesem Erinnerungstransfer

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen:

1. bis 5. Juli 2013, täglich 13.30 bis 16.30 Uhr, Kosten 35 Euro/ermäßig 25 Euro. **Künstlerische Sommerakademie.** Expressionismus und Moderne. Die erstmalig im Ostpreußischen Landesmuseum stattfindende Sommerakademie bietet allen Interessierten an fünf Nachmittagen die Möglichkeit, sich intensiv auf kreative Weise mit expressionistischer Kunst auseinanderzusetzen. Die

Sommerakademie richtet sich an Einsteiger, aber auch an diejenigen, die ihr künstlerisches Können weiterentwickeln wollen. Unter Anleitung von Elena Steinke, freischaffende Künstlerin aus Nordfriesland, werden die Teilnehmer an die expressionistische Malweise herangeführt und zum Ausprobieren verschiedener Techniken angeleitet. Teilnehmer: Jugendliche (ab 15 Jahren) und Erwachsene. Anmeldung erforderlich unter (04131) 75 99 50 oder info@ol-ig.de.

8. bis 15. Juli 2013, **Mal- und Kulturreise nach Krakau** – Künstlerische Begleitung: Gudrun Jakubeit, Künstlerin im BBK Lüneburg. Reiseleitung: Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum. Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 75 99 515 oder a.kern@ol-ig.de.

15. bis 26. Juli 2013, täglich 10 bis 13 Uhr (es ist auch möglich, nur eine Woche zu buchen), kostenfrei. **Dinge erzählen Geschichte – Sommerferienprogramm.** Viele Menschen sind begeisterte Sammler. Von klein auf sammelt man zum Beispiel Muscheln, Steine, Stöcke, später Sammelkarten, Fußballbilder oder auch Erinnerungsstücke von Freunden und von Urlaubsreisen. Das alles sind ganz persönliche Dinge, die eine eigene Geschichte

haben. Aber was erzählen uns eigentlich die Sammlungsgegenstände im Museum? Teilnehmer: Für Kinder und Jugendliche von zehn bis 15 Jahren. Das Projekt wird gefördert durch die Sparkassenstiftung, Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 75 99 50 oder info@ol-ig.de

29. Juli bis 2. August 2013, täglich 13.30 bis 16.30 Uhr, Kosten für fünf Tage: 30 Euro (inklusive Material). **Das große Farbexperiment – Sommerferienprogramm für unsere jüngeren Besucher.** Wie entstehen eigentlich Farben? Was ist ein Prisma? Welche Be-



deutung haben Farben für die Menschen? Können Farben Gefühle ausdrücken? Viele Fragen, die Rätsel aufgeben und die in dieser Ferienwoche gelöst werden sollen. Es gibt Spannendes zu erfahren über die Höhlenmalerei bis hin zum Graffiti. Der Malstil eines expressionistischen Malers kann in Staunen versetzen. Seine Bilder sind mit kräftigen Farben und sehr ausdrucksstark gemalt. Und beim Herstellen von Farben und Ausprobieren von verschiedenen Maltechniken wird es richtig aufregend. Am Ende der Ferienwoche wird eine Ausstellung mit den Ergebnissen der Woche gezeigt. Zur Eröffnung gibt es ein leckeres Buffet mit bunten Lebensmitteln. Teilnehmer: Für Kinder von sechs bis zehn Jahren. Anmeldung erforderlich unter (04131) 75 99 50 oder info@ol-ig.de. OL

deutung haben Farben für die Menschen? Können Farben Gefühle ausdrücken? Viele Fragen, die Rätsel aufgeben und die in dieser Ferienwoche gelöst werden sollen. Es gibt Spannendes zu erfahren über die Höhlenmalerei bis hin zum Graffiti. Der Malstil eines expressionistischen Malers kann in Staunen versetzen. Seine Bilder sind mit kräftigen Farben und sehr ausdrucksstark gemalt. Und beim Herstellen von Farben und Ausprobieren von verschiedenen Maltechniken wird es richtig aufregend. Am Ende der Ferienwoche wird eine Ausstellung mit den Ergebnissen der Woche gezeigt. Zur Eröffnung gibt es ein leckeres Buffet mit bunten Lebensmitteln. Teilnehmer: Für Kinder von sechs bis zehn Jahren. Anmeldung erforderlich unter (04131) 75 99 50 oder info@ol-ig.de. OL

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11, E-Mail: presse@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie den Bildband Königsberger Schloss.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

Konto: BLZ:

Bank:

Datum, Unterschrift:

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämien!

Neuerscheinung mit bisher

unveröffentlichtem Bildmaterial!

Das Königsberger Schloss

Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preussischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrscherorte Nordosteuropas.

Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806-1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Kleist und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte.

Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 - Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten.



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

